

RADIX

Zeitung für eine
ökologische Linke

4

Nr. 2/2000

25 ATS

DROHEN FÜR
DAS DEUTSCHTUM

VORSICHT,
ÜBERWACHUNGSSTAAT

FPÖ & EUROPA

DARWINISMUS
&
ZUCHTWAHL

DER HERR
BEZIRKSRAT & DIE
"NEUE RECHTE"

POLIZEIÜBERGRIFFE
IM
FLÜCHTLINGSLAGER



EDITORIAL

Während sich in Österreich eine Koalition zwischen der Nachfolgepartei der Austrofaschisten und jener des "3. Lagers" immer mehr etabliert und ihre Politik durchsetzt, ist die vierte und zugleich letzte Nummer unserer Zeitschrift radiX fertig geworden.

Die letzte Nummer ist dies nicht etwa, weil wir aufgeben und uns auflösen würden, sondern weil wir angesichts der gegebenen Umstände glauben, daß die Kräfte der radikalen Linken möglichst effizient eingesetzt werden müssen und Doppelgleisigkeiten, die unter einer anderen Regierung vielleicht noch sinnvoll gewesen wären, heute keinen Platz mehr haben.

Aus diesem Grund sind wir seit Juli dieses Jahres eine Kooperation mit der Zeitschrift context XXI eingegangen, deren politische Inhalte sich in der Vergangenheit bereits in vielen Bereichen mit den unseren überschneiden haben. Context XXI hatte aber dort ihre Stärken, wo wir unsere Schwächen hatten und umgekehrt. Während context XXI sehr viele AbonentInnen hatte und kaum Straßenverkauf betrieben hat, hatten wir wenige Abos und einen gut funktionierenden Straßenverkauf. Während wir in Wien wenige Leute hatten und dafür in den westlichen Bundesländern einige, hatte context XXI in diese Bundesländer kaum Kontakte und dafür viele LeserInnen und Redakteure in Wien. Während die radiX vor Rechtschreibfehlern strotzte, war context XXI eine relativ professionell gestaltete und gut überarbeitete Zeitschrift.

Aus diesem Grunde arbeitet die radiX-Redaktion seit dem Sommer bei context XXI mit und wir hoffen, daß auch die LeserInnen der radiX ihre Lesetätigkeit bei context XXI fortsetzen werden. Abos unserer Zeitschrift werden jedenfalls bis zu ihrem Auslaufen in Abos von context XXI umgewandelt und wir möchten unseren LeserInnen damit auch ein Abo der nun gemeinsamen Zeitschrift nahelegen.

Daß auch unsere Inhalte in context XXI nicht zu kurz kommen garantiert nicht nur die gleichberechtigte Mitarbeit unserer Redakteure bei context XXI, sondern auch die Berufung eines radiX-Redakteurs zum Nachfolger S. G. als koordinierender Redakteur der context XXI. Die Ökologische Linke als Gruppe bleibt natürlich

von dieser Fusion der Zeitschriften unberührt. Wir existieren weiterhin mit eigenen Flugblättern, Aussendungen, Veranstaltungen und seit neuestem auch mit einer Website, die es uns ermöglicht, wesentlich billiger und effizienter auch weiterhin eigene inhaltliche Beiträge zu verbreiten.

Neben aktuellen Beiträgen, könnt ihr dort Artikel alter radiXen ebenso nachlesen, wie die aktuellen Demozeitungen "§ 248", die wir in Kooperation mit anderen linksradikalen Gruppen jede Woche produzieren, längere inhaltliche Texte, sowie eine Menge Links zu linken, linksradikalen, antifaschistischen und ökologischen Websites auf der ganzen Welt.

Schaut euch diese einmal an: www.oekoli.cjb.net

Eure radiX-Redaktion

Ökologische Linke Wien

Postfach 28

1153 Wien

e-mail: oekoli_wien@gmx.net

Ökologische Linke Vorarlberg

Postfach 73

6800 Feldkirch

e-mail: oekoli.vlbg@gmx.li

Ökologische Linke Tirol

e-mail: oekoli.tirol@reflex.at

Website: <http://www.oekoli.cjb.net>

DIE KOLI IST JETZT IM WEB:

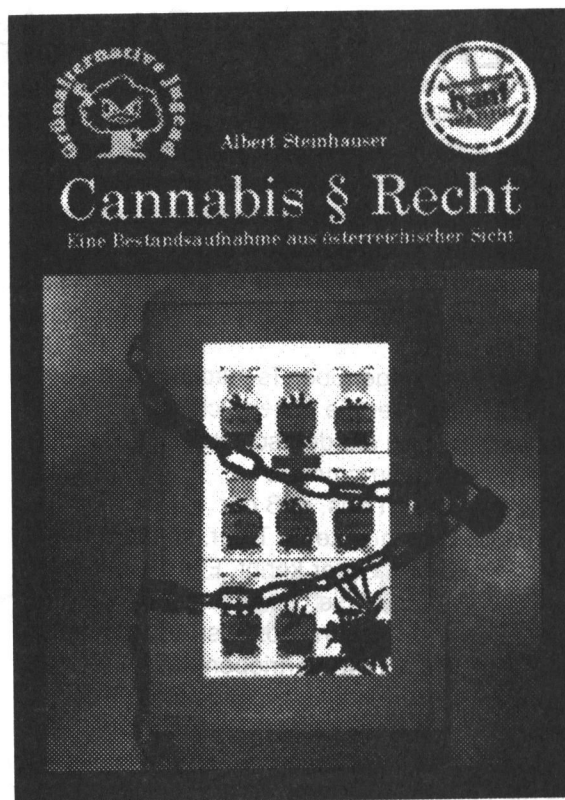
Mit Radix Archiv, § 248,
ÖKOLI-Flugblätter, wissenschaftlichen
Arbeiten, ÖKOLI-Aussendungen, Texten
gegenschwarzblau auf englisch,
spanisch, französisch,
portugiesisch, italienisch,...
vielen,vielen, vielen weiteren Links

Inhalt:

Editorial	2
Drohen für das Deutschtum	4
Vorsicht, Überwachungsstaat	5
Modernisierungstendenzen des organisierten Rechtsextremismus	7
FPÖ und Europa	11
Instanzen der Ohnmacht	16
Rassistische Polizeiübergriffe in Traiskirchen	17
Zwischen Bergbau und Kolonialismus	21
Tatblatt, die Rechten und die Tiere	23
Darwinismus und Zuchtwahl	24
Impressum	27
Was ist die ökologische Linke	30

NEU: VOLXBIBLIOTHEK

Die anarchistische Bibliothek des Widerstands mit einer großen Auswahl
likstradikaler, feministischer, antifa-
schistischer, antirassistischer,
antimilitaristischer, marxistischer
und eben anarchistischer Bücher zum
hineinschmökern und ausleihen.
Jeden Mittwoch 17.00h - 20.00h
im 2. Stock des Ernst Kirchweger
Hauses
(Wielandgasse 2-4, 1100 Wien)



*Grünalternative Jugend/
Österreichisches Hanfinstitut*
Cannabis & Recht

Rechtliche Tips im Umgang mit Cannabis
56 Seiten, 50 öS

Ziel dieser Broschüre ist es einen Beitrag zu leisten, damit von einschlägigen Amtshandlungen Betroffene den Behörden nicht un- oder fehlinformiert ausgeliefert sind.

Erwerben kann mensch diese Broschüre bei:

Grünalternative Jugend
Lindengasse 40, 1070 Wien
Tel.: 52125242, Fax.: 5269119
e-mail: GAJ@ccc.at

Österreichisches Hanf-Institut
Tel.: 9610601
homepage: <http://www.hanf.at>

Drohen für das Deutschtum

Seit die FPÖVP-Koalitionsregierung Österreich regiert, bemüht sich diese nicht nur um eine nationalistisch-patriotische Agitation im allgemeinen, sondern auch um möglichst schlechte Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten Österreichs.

Insbesondere gegenüber Tschechien und Slowenien hat hier die Österreichische Bundesregierung die deutschnationale Position der FPÖ voll übernommen. Diese geht davon aus, daß der Nationalsozialismus keine Täter, sondern nur unterschiedslose Opfer kennt. Für die Klientell der FPÖ spielt hier die Gleichsetzung zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und den in der Folge, nach 1945 vertriebenen Deutschsprachigen eine wichtige Rolle. Schließlich kann mit dieser Gleichsetzung geleugnet werden, daß die Sudetendeutschen, wie die ÖsterreicherInnen und Deutschen sich mehrheitlich an der Schoa und den anderen Verbrechen der Nazis aktiv und billigend beteiligt haben. Ein Aufrechnen der Opfer der Nazis, die in Konzentrationslagern einer industriellen Massenvernichtung ausgeliefert waren, mit den Opfern von Vertreibungen wird dadurch für jene ÖsterreicherInnen möglich, die sich schon immer als die armen unschuldigen Opfer gesehen haben.

Kein Wunder ist es deshalb, daß die Österreichische Bundesregierung die Entschädigungszahlungen an Opfer der Zwangsarbeit und der Arisierungen der Nazis mit Entschädigungsforderungen für "volksdeutsche" Vertriebene an Tschechien und Slowenien verknüpft. Die Rücknahme der entsprechenden Dekrete, die zugleich die Wiedererrichtung der staatlichen Souveränität der Tschechoslowakei ("Benes-Dekrete") und Jugoslawiens (Avnoj-Beschlüsse) begründeten, ist so in den letzten Monaten zu einer zentralen Forderung der Regierungsspitze geworden. Dabei wird völlig übersehen, daß die Einverleibung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich die systematische Ausrottung der jüdischen Bevölkerung in diesem Landstrich und die "Arisierung" des gesamten jüdischen

Besitzes zur Folge hatte. Dabei wurden 80.000 Menschen, davon 15.000 Kinder ermordet. Auch die tschechische Bevölkerung wurde massiven Repressionen ausgesetzt, schrittweise ausgesiedelt und ihres Eigentums beraubt. Dies alles geschah mit massiver Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Sudetendeutschen und ihrer politischen Parteien, was den Hintergrund der späteren Benes-Dekrete bildete. Dabei darf nicht vergessen werden, daß insbesondere die tschechischen Kommunisten noch sehr lange an eine Wiedererrichtung eines gemeinsamen Staates mit der deutschsprachigen Bevölkerung der alten Tschechoslowakei glaubten und erst durch die völlige Kollaboration und aktive Beteiligung fast aller Sudetendeutschen davon überzeugt wurden, daß ein Zusammenleben mit den nationalsozialistischen Schlächtern in einem Staat unmöglich würde. Die Dekrete des bürgerlichen Tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benes bestimmten deshalb nach 1945 nicht nur die Wiederherstellung der unabhängigen Tschechoslowakei und die Einsetzung außerordentlicher Volksgerichte zur Bestrafung nationalsozialistischer Verbrecher und ihrer Kollaborateure, sondern auch, daß all jene Deutschsprachigen, die nach dem Anschluß des Sudetenlandes an Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatten, damit auch die tschechoslowakische verloren hatten und auszusiedeln wären. Ausgenommen davon waren aktive AntifaschistInnen, die ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus unter Beweis gestellt hatten.

Die Österreichische Bundesregierung verbindet die Forderung nach Rücknahme der Benes-Dekrete und der Avnoj-Beschlüsse nun mit offenen Drohungen gegen Slowenien und Tschechien, die beiden betroffenen Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei und Jugoslawiens. Mehrmals wurde mit einem Veto Österreichs gegen einen EU-Beitritt der beiden Staaten gedroht. Am Samstag, den 2. September begab sich die Regierungsspitze mit Schüssel, Riess-Passer und Haider zu diesem Zwecke sogar demonstrativ an die slowenische Grenze um dort die südlichen Nachbarn

wissen zu lassen, daß sie es sich mit dem neuen Österreich nicht verscherzen sollten.

Und im patriotischen Taumel machen auch viele Reste der Ökologiebewegung mit. Am selben Tag blockierten nämlich tausende ÖkopatriotInnen stundenlang die oberösterreichischen Grenzübergänge zwischen Tschechien und Österreich. Während AKWs in Deutschland oder der Schweiz hierzulande nicht mehr für Erregung sorgen können, sollen hier offensichtlich selbst die Alpha-, Beta- und Gammastrahlen dann besonders gefährlich sein, wenn sie aus dem "slawischen Osten" kommen, selbst wenn dieser Osten gar nicht im Osten, sondern im Norden liegt.

Natürlich kämpfen auch wir gegen extrem unkontrollierbare und gefährliche Technologien wie sie in AKWs zur Anwendung kommen, trotzdem halten wir eine Blockade von Grenzübergängen in diesem Zusammenhang für eine fatale Strategie, die sich gegen die tschechische Bevölkerung wendet und nicht gegen ein AKW. Einmal mehr wird damit die patriotische Verteidigung der "natürlichen Heimat" gegen das "böse Ausland" inszeniert, die sich nahtlos in eine nationalistische Eskalationsstrategie der Bundesregierung gegen Österreichs Nachbarn einfügt.

Thomas Schmidinger

Vorsicht, Überwachungsstaat!

Im Juli wurden neue Überwachungsgesetze verabschiedet, die den beiden österreichischen Geheimdiensten weitreichende Rechte einräumen. Sie erhalten sozusagen die Funktion einer militärischen Staatspolizei.

Bereits seit dem 1. Mai können private Unternehmen MitarbeiterInnen und JobbewerberInnen (!) für 3.400.- bis 10.200.- Schilling von der österreichischen Staatspolizei auf ihre politische Zuverlässigkeit hin durchleuchten lassen. Solche Tests sind für ExekutivbeamtenInnen schon seit längerem Praxis, auch BeamtenInnen in höheren Positionen sollen in Zukunft routinemäßig abgecheckt werden. Dafür müssen die Betroffenen selbst einen Fragebogen ausfüllen, dessen Angaben dann sicherheitspolizeilich überprüft werden. Theoretisch kann das Ausfüllen eines solchen Tests verweigert werden wie gut dann aber die Chancen sind, den Job zu bekommen, kann sich jedeR vorstellen.

Die im Juli beschlossenen Änderungen des Sicherheitspolizeigesetzes und das neue Militärbefugnisgesetz erlauben den Geheimdiensten nun massivste Eingriffe in das Privatleben. Während für polizeiliche Lauschangriffe bislang das Einverständnis eines Richters benötigt wurde, entscheiden die ermittelnden BeamtenInnen nun selbst, ob sie abhören und filmen oder nicht.

Zum "Zwecke der nachrichtendienstlichen Aufklärung" werden sie nun dazu ermächtigt, Observationen, Lausch- und Videoangriffe (!) durchzuführen und verdeckt zu ermitteln – z.B. bei einer angeblichen Gefährdung der militärischen Sicherheit. Bürgermeister und Behörden müssen den GeheimdienstlerInnen auf Verlangen falsche Papiere ausstellen, Gebietskörperschaften (Krankenkassen...) Daten herausrücken. Und als ob das noch nicht reicht, wird den GeheimdienstlerInnen in den Gesetzeserläuterungen "das Ermitteln von Autoren, die sich kritisch bzw. teilweise negativ mit dem Bundesheer auseinandersetzen" (Format 27/2000) nahegelegt. Eine kritische Meinung zum Bundesheer als Freibrief für den Lauschangriff und sogar Videoüberwachungen – na dann Prost! Weiterhin empfiehlt der schwarzblaue Gesetzgeber die "Beobachtung von einzelnen Aktivitäten als auch die Beobachtung von (politischen) Gruppierungen, die sich unter anderem gegen die militärische Landesverteidigung richten bzw. dieser kritisch gegenüber stehen". (ebenda) Daß dies die Geheimdienst - Überwachung so ziemlich aller linker Gruppen miteinschließt, muß da wohl nicht extra dazugesagt werden. Dagegen werden rechtsextreme Militärfanatiker von der Geheimdienstüberwachung wohl nicht betroffen sein.

Einzigste Kontrolle für die Überwachungswut der Geheimdienste ist ein zahnloser "Rechtsschutzbeauftragter". Und das bei Geheimdiensten, die sich selbst der parlamentarischen Kontrolle entziehen! Nicht einmal dem zuständigen Untersuchungsausschuss sind konkrete Zahlen über die Anzahl der MitarbeiterInnen bekannt, das Geheimdienstbudget ist im Verteidigungshaushalt nicht extra angeführt und somit unbekannt. Bedenkt man noch dazu, dass einige Nachrichtendienstler ein Naheverhältnis zur FPÖ haben, ein Heeresgeheimdienstler für die FPÖ im Parlament sitzt und der Verteidigungsminister Scheibner ebenfalls ein FPÖler ist, dann ist das nicht gerade beruhigend für die ÜberwachungskritikerInnen. Scheibners Pressesprecher ist übrigens nach dem Kriegsmaterialgesetz verurteilt und hat politisch einen eindeutig rechtsextremen Hintergrund.

Kombiniert sind die neuen Überwachungsmöglichkeiten der Geheimdienste mit erweiterten Befugnissen für die Staatspolizei. Die Novellierung des Sicherheitspolizeigesetzes beinhaltet u.a. die "erweiterte Gefahrenforschung". Das bedeutet nichts anderes, als dass auch die Staatspolizei lauschen und überwachen darf (das übernimmt auf Anforderung eine eigene Spezialeinheit), bevor es überhaupt zu einer Straftat gekommen ist. So kann das (politische und) persönliche Umfeld einer Person ohne konkrete Straftat erforscht werden. Der anfänglich eindeutige Begriff "Organisierte Kriminalität" (= nicht politisch!) wurde inzwischen gegen den Gummibegriff "Kriminelle Vereinigung" ausgetauscht, was einen gewaltigen Unterschied macht. Hinzu kommt, dass der Begriff "kriminelle Vereinigung" im Gesetz nicht genauer definiert ist und daher von den BeamtInnen ausgelegt werden kann.

Was allerdings mindestens genauso schlimm ist, ist die nun geschaffene Möglichkeit, Informationen bei "Dritten" einzuholen.- Stell dir vor, der nun auch politische Geheimdienst oder die Staatspolizei taucht bei deinem Nachbarn/ deiner Nachbarin auf, und befragt ihn oder sie danach, was für Leute dich besuchen kommen, was du so treibst, etc. und du weißt nicht einmal etwas davon! Dem Denunziantentum wird so Tür und Tor geöffnet! Zudem besitzen die StaatsbürgerInnen nicht einmal ein Auskunftsrecht darüber, ob er/sie schon über-

wacht wurde bzw. überwacht wird. Es kann doch nicht angehen, dass die BürgerInnen von ihrem Staat als potentielle VerbrecherInnen behandelt werden und der Staat deshalb so gravierende Eingriffe in das Privatleben zulässt!

Die neuen Gesetze bedeuten in der Praxis, dass die Geheimdienst Zugang zu beinahe allen Daten (außer private Firmen) bekommen, während die Kontrolle mehr als mangelhaft ist. Anfragebeantwortung von Verteidigungsminister Scheibner: "Müssen Arbeiterkammern Angaben über Betriebsräte herausrücken? Ja. Zugang auch zu den Daten der Wirtschaftskammer? Ja. Psychiatrische Anstalten? Ja. Krankenhäuser? Ja. Jugendämter? Ja." (profil 27/00) Gegen diese Überwachungsgelüste haben selbst der Chef der Wiener Anwaltskammer und die Präsidentin der Richtervereinigung schwere Bedenken angemeldet.

Und als ob das noch nicht reichen würde, plant Innenminister Strasser die Bildung eines Bundeskriminalamtes nach deutschem Vorbild. In ihm sollen dann ein zentraler Erkennungsdienst, DNA – Analyse, Interpol und die Sondereinheit für den Lauschangriff (SEO) zu einer Superpolizeibehörde zusammengefasst werden. Wunderbar ergänzt werden diese Überwachungsmaßnahmen durch das europaweite ENFOPOL-Abhörssystem. Big brother is watching you...

Die beiden Oppositionsparteien SPÖ und Grüne wollen das Gesetz beim Verfassungsgerichtshof anfechten. Bleibt nur zu hoffen, dass sie Erfolg haben. Bis dahin werden die Geheimdienste wohl Daten erheben, filmen und lauschen. Selbst noch in der Regierung hatten die Sozialdemokraten das Gesetz übrigens in ähnlicher Variante begrüßt...

KV Sägefisch

DIE KOLI IST JETZT IM WEB:

Mit Radix Archiv, § 248, ÖKOLI-Flugblätter, wissenschaftlichen Arbeiten, ÖKOLI-Aussendungen, Texten gegenscharzblau auf englisch, spanisch, französisch, portugiesisch, italienisch,... vielen,vielen, vielen weiteren Links

Der Herr Bezirksrat und die Modernisierungstendenzen des organisierten Rechtsextremismus in Österreich: die sogenannte „Neue-Rechte“

Um ins Amt für Jugend und Familie des dritten Wiener Bezirks, welches sich im Bezirksamt am Karl-Borromäus-Platz, 2. Stock, befindet, zu gelangen, geht man/frau durch das Vorzimmer des Büros des Bezirksvorstandsstellvertreters WALTER HERBICH. Um sich die Wartezeit zu verkürzen, liest frau die dort zur freien Entnahme aufliegenden Zeitschriften, Broschüren und Ankündigungen. Zu diesem Zweck hat der Bezirksvorstandsstellvertreter in seinem Vorzimmer einen kleinen Infotisch eingerichtet – mit ausschließlich rechtsextremer Lektüre zur freien Entnahme.

Wir informierten damals in mehreren Aussendungen über diesen Skandal, dieses Stück österreichische Normalität. Aus den zahlreichen Rückmeldungen konnten wir entnehmen, daß Herbig diese Zeitschriften mit rechtsextremen Inhalten immer wieder dort auflege. Ein Bezirksrat zitierte ihn, nachdem er vor mehreren Zeugen behauptete, der Nazionalsozialismus habe „Politik für die kleinen Leute gemacht“. Daraufhin drohte Herbig mit Klage, beließ es jedoch bei der Drohung.

Infotische am Bezirksamt und die kulturelle Hegemonie⁽¹⁾

Wir räumten seinen „Infotisch“ mehrmals leer, immer wieder fanden wir diesen frisch bestückt. Und zwar mit den neuesten Ausgaben der *Zur Zeit* (ZZ), der *Neuen Freien Zeitung*, mit Flugblättern, die zu Vorträgen des *Neuen Klubs* einladen: in gotischer Schrift wird beispielsweise zum Vortrag „Der bundesdeutsche Verfassungsschutz“ (Dr. Claus NORDBRUCH, Die Wilgers, Südafrika) ins Kulturzentrum „Haus der Heimat“, in der Nähe des Bezirksamts, einladen. Auf den Einladungen werden die die Publikationen des Herrn Nordbruch beworben: u.a. „Ein Nationalstaat für die Buren?“ Pretoria 1997, „Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland“ München 1998, oder „Vom Zweifel zur Wehrhaftigkeit“, Frankfurt 1997. Über die Zensur rechtsextremer Schriften wird weiters das

„Deutschland Magazin“ zitiert:

„An Hand von zahlreichen Beispielfällen belegt Nordbruch, daß durch Political Correctness, einseitige Berichterstattung der Medien und durch politische Justiz eine unzensurierte Meinungsäußerung kaum noch möglich ist.“

In der rechtsextremen *Zur Zeit* (ZZ) sinniert Dr. Alfred MECHTERSHEIMER („...über die Kritik an der multikulturellen Gesellschaft fand der den Weg in die patriotische politische Bewegungsarbeit...“) über „die zersplitterte deutsche Rechte und die Rolle der FPÖ“.

Mechtersheimer sieht 10 Jahre nach der deutschen Einheit die Meinungsfreiheit für rechtsextremes Gedankengut begraben und bedauert dies zutiefst:

„Die Methoden nähern sich der Verfolgung der Juden in den dreißiger Jahren [...] Es herrscht Progromstimmung.“ Er empört sich weiters über den Versuch „jeden Widerstand gegen die Umwandlung Deutschlands in ein multiethnisches Siedungsgebiet“ auszuschalten. Johann Josef DENGLER schreibt unter dem Titel „Hilferuf der Familien (Rettung durch Steuergerechtigkeit für Familien und Mütter)“ wie unverständlich er es finde, daß der einzige Beruf, den Männer ganz gewiß nie ausüben könnten, abgewertet, verächtlich gemacht und materiell bestraft würde, nämlich Mütter sein, menschliches Leben schenken. „Hausfrau sein, zusammen mit dem Vater, unter seinem Schutz und seiner Hilfe ihre Kinder nähren, pflegen, erziehen, bilden.“ Und er beendet seinen Beitrag mit dem rassistischen Kommentar: „Überall ist die Alternative „Kinder oder Inder“ virulent. Jeder weiß, es ist ein europäisches Überlebensproblem.“

Es folgen weitere Beiträge mit Holocaustrelativierungen, rassistischen und antisemitischen Hetzartikeln, Verleumdungen von diversen Menschen (Pelinka, etc), Frauen-an-den-Herd-Aufrufen, nationalistischen Anti-EU-Geschwafel, etc, auf die ich aus Platzmangel nicht mehr eingehen werde.

Rechtsextremismus und dessen Modernisierungstendenzen sind in Österreich

nicht nur unter den Bedingungen des NS-Verbotsgesetzes zu sehen. Die Erfolge der FPÖ und deren Regierungsbeteiligung zeigen zum wiederholten Mal, daß Rechtsextremismus hierzulande wieder salonfähig ist, Tendenz steigend. Die Anzahl brutaler Übergriffe der Polizei auf MigantInnen unter Duldung und Applaus des österreichischen Mobs und Deckung der Institutionen, sowie immer häufiger stattfindenden antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, etc., zeigen sehr deutlich wo diese Gesellschaft fünfzig Jahre nach dem Holocaust steht.

Was ist neu an der sogenannten „Neuen-Rechten“?

Wie sehen die Modernisierungstendenzen der Rechten aus? Die sogenannte „Neue Rechte“, ist eine Form des Rechtsextremismus, die in den 60er Jahren zuerst in Frankreich als „Nouvelle Droite“ entwickelt wurde. Neu sind aber nicht die Inhalte, wie Frau am Beispiel der propagierten Inhalte in der neu-rechten Zeitschrift „Zur Zeit“ sehr gut entnehmen kann, sondern vielmehr die Form der Vermittlung dieser Inhalte. Eines der Ziele der sogenannten „Neuen-Rechten“ ist es, die „kulturelle Hegemonie“ in der Gesellschaft zu erreichen.

Sie bemüht sich dabei, rechtsextremes Gedankengut von Hitler zu befreien, indem sie durch pseudowissenschaftliche Rechtfertigungen ihre völkischen, rassistischen, antisemitischen, nationalistischen, homophoben Konzepte verschleiert. Mit neuen Begriffen wird versucht, von der Anknüpfung an die Inhalte des Nationalsozialismus abzulenken.

Ethnopluralismus: „Kultur“ ersetzt „Rasse“

Als Beispiel des rassistischen bzw. neorassistischen Diskurses, wie neue Sprache altes Denken zu kaschieren sucht, dient der Ethnopluralismus. Der Kulturdiskurs der „Neuen-Rechten“ ersetzt den Rassendiskurs. Kultur ersetzt den Rassebegriff. Heute wird selten von „nordischer Rasse“, „Untermenschen“, wohl jedoch von „Überfremdung“, „Ausländerverträglichkeit“, „Kulturverträglichkeit“, „Verpflanzung fremder Kulturen“, von einer „Heimat, die Heimat bleiben muß“, „Ausländerkriminalität“, organisiertem Verbrechen diverser ausländischer Clans (Chinesen-, Russenmafia, etc), gesprochen. Kulturelle Zugehörigkeit wird zur biologischen Kategorie. In rechter Diktion wird die

Der Begriff „Neue-Rechte“ bezeichnet keine feste Organisation oder Partei, sondern wird für so unterschiedliche Phänomene wie rechtsextreme Wahlparteien, ein verzweigtes System von Diskussionszirkel und Zeitschriften, eine Vielzahl unterschiedlicher, teilweise vernetzter oder miteinander in Verbindung stehender Publikationen, Gruppen, oder anderer Vereinigungen, eine Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, faschistische Intellektuelle mit einer vermeintlich neuen Strategie und Ideologie verwenden.

Einwanderung nicht-europäischer AusländerInnen als Verstoß gegen biologische Naturgesetz gesehen: die entstehende Rassenmischung („Bastardisierung“) führe zur Selbstvernichtung der Menschheit. Die „Neue-Rechte“ kaschiert derartige Ideen oftmals als humanistisch und antikapitalistisch, indem der „internationale Gastarbeiter-Transfer“ als „Teil einer kapitalistischen Arbeitsmarktstrategie“ entlarvt wird. Die fremden Kulturen, die von den „Neuen-Rechten“ eben noch nach außen verteidigt wurden, werden im Inneren ausgegrenzt. Die Quintessenz lautet „Ausländer raus“.⁽²⁾

Österreich, die F und die „Neue—Rechte“

In Österreich ist die sogenannte „Neue-Rechte“ eng mit Jörg Haider's FPÖ verbunden und hat in der Partei ihrern wichtigsten und massenwirksamsten Vertreter gefunden. In der „Ausländer“feindlichkeit hat die FPÖ das neu-rechte Ziel der kulturellen Hegemonie bereits erreicht.

Weit mehr ÖsterreicherInnen stimmen den FPÖ-Inhalten zu, als sie WählerInnen hat.

Für Heribert Schiedl ist „die sogenannte „Neue-Rechte“ in ihrem Versuch, den Faschismus zu entthronen, gescheitert.“ Er begründet diese These anhand des Beispiels der Grazer Aula, deren Absturz auch JÜRGEN HATEZNBICHLER (penaler Burschenschaftler und Ex-Neonazi, Mitte der 80er Jahre „Stellvertretender Führer“ der militanten Neonazisekte „Nationale Front“...) und ANDREAS MÖLZER (Kulturbeauftragter und Chefideologe der F) nicht stoppen konnten. Sie hatten versucht, das „freiheitliche Magazine“ *Aula* als innovatives Theorieorgan einer erneuerten rechtsextremen Szene zu positionieren. 1995 geriet die Aula als mutmaßliche

Stichwortgeberin der Bekennerbriefschreiber der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ (BBA) ins Visier der Terrorfahnder, dann wurde auch noch ihr Geschäftsführer HERWIG NACHTMANN nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt. Als sich dann sogar Haider vom Blatt distanzierte, verließen Hatzenbichler und Mölzer das Blatt und betätigten sich in der Österreich-Ausgabe der deutschen Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Ab Oktober 1997 machte sich das Redaktionsteam rund um Mölzer und Hatzenbichler selbstständig und konzentrierten sich in der *Zur Zeit* (ZZ) v.a. auf österreichische Themen. Die Startauflage des Wochenblattes lag bei 20- und 30.000 Stück und sollte, so Mölzer „alle, die intellektuell interessiert und nicht links sind“ erreichen.

Als „Wien“-Redakteur wurde KLAUS WIESINGER eingesetzt, HELMUT MÜLLER als Kulturredakteur, der rechte Historiker und Universitätsprofessor LOTHAR HÖBELT als Kolumnist und Verfasser von Kommentaren, der einstige CV-er RENE LYSANDER-SCHEIBE als Fotoredakteur. Für Kolumnen, Kommentare und Beiträge schreiben weiters der Osteuropaexperte CARL-GUSTAV STRÖHM, der katholisch-konservative ROBERT PRANTNER, der ehemalige FAZ-Korrespondent ANDREAS RAZUMOWSKY, usw. Man versucht als möglichst reputierte Zeitschrift aufzutreten und bemüht sich um den Schein der Seriösität, indem man verschiedene Gesprächspartner für sich gewinnt. Dabei biedereten sich der ZZ bereits Thomas Klestil, Bernhard Görg, Fritz Mular, Van der Bellen, Gusenbauer und zur allgemeinen Verwunderung sogar Alfred Hrdlicka an. ⁽³⁾ In der ZZ Nr. 38 (15. – 21.9. 2000) wird der sozialdemokratische Ex-Innenminister KARL SCHLÖGL ausführlich zu Berührungspunkten zwischen der F und der SP interviewt. Überschrift: „Über die Freiheitlichen und die Optionen der SPÖ. Das Land braucht nun Konsens“.

Was die Inhalte der Zeitschrift ⁽⁴⁾ betrifft, so drehen sich diese schwerpunktmäßig um Themen wie Migration und die damit verbundene Sorge um den Erhalt der eigenständigen österreichischen Identität und Kultur, die Darstellung der „linken Hegemonie“ in der österreichischen politischen und publizistischen Landschaft, das Eintreten für eine auf die Gemeinschaft bezogenen Familienpolitik und Berichte über österreichische Innenpolitik, Kritik am Establishment und ausführliche Berichterstattung über die FPÖ.

Rechtsextreme Akademiker oder Bildungsbürger inszenieren sich gerne als Querdenker und Tabubrecher. Sie stellen sich gerne als tragische Helden dar, die völlig verantwortungslos gegenüber den Folgen ihres Tuns erscheinen. Die „Verwissenschaftlichung“ rechtsextremer Anschauungen á la „Neue-Rechte“ darf nicht zu falschen und voreiligen Schlüssen führen. Rechtsextreme Intellektuelle beziehen sich in erster Linie auf Erkenntnisse der Soziobiologie und Verhaltensforschung, deren Vertreter Konrad Lorenz, Otto König, Eibl-Eibesfeldt und C.Lévi-Strauss ⁽⁵⁾ oft in rechtsextremen Zitierzusammenhängen aufscheinen.

Wissenschaft ist nicht ideologiefrei und dient der extremen Rechten seit jeher zur Immunisierung der eigenen Weltanschauung.

So lautet der Titel eines Artikels in der am Bezirksamt entwendeten ZZ „Homosexualität normal?“. HARALD SIMBÜRGER meint darin, daß der Kampf gegen die „angebliche Homophobie“ in unserer Gesellschaft von „linksradikalen, gesellschaftsrevolutionären und radikalfeministischen Elementen für ihre Zwecke mißbraucht“ würden. Dabei würde zu seinem Bedauern nie über die Frage „Ist Homosexualität wirklich normal?“ diskutiert. Er fährt fort:

„Denn verschiedenste Untersuchungen, wie die des Psychiaters Jan van den Aardweg zeigen auf, daß Homosexualität zumeist durch ein schweres Trauma in der frühen Kindheit ausgelöst wird. [...] Zwar dürfte es auch, worauf etwa der prominente Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt hinweist, eine biologisch bedingte Homosexualität geben. So kann etwa eine Schädigung von bestimmten Neuronen im menschlichen Gehirn Homosexualität hervorrufen.[...] Unabhängig von der Frage ihres Ursprunges muß massiv darauf hingewiesen werden, daß Gleichgeschlechtlichkeit keinesfalls als „normaler“ Zustand zu bezeichnen ist, sondern es sich dabei um eine schwere Störung handelt.“

Es bestehe laut Simbürger großer Zweifel darüber, „ob Homosexuelle überhaupt zu einem normalen monogamen Familienleben fähig sind.“ In der Folge zitiert er „US-Wissenschaftler“, die feststellten, daß Homosexuelle bis zu 500 mal ihre Partner wechselten. „Es gibt kein Recht auf Homosexualität, ebensowenig, wie es etwa ein Recht auf Kleptomanie gibt.“ Dieses wahnsinnige „wissenschaftliche“ Geschwafle endet mit einem Plädoyer „an die europäischen und österreichi-

schen Regierungspolitiker, die traditionelle Familie in ihrer über Jahrhunderte bewährten Form zu schützen."

Die Grünen und die SPÖ haben für die Bezirksvertretungssitzung am 29.9.2000 jeweils eine Anfrage an den Bezirksvorsteher Hohenberger (SP) eingebracht. Beantwortet wird die Anfrag im Rahmen der BV-Sitzung; allerdings hat Hohenberger seine Antwort schon durchklingen lassen. Parteipolitische Propaganda darf in Amtsräumen aufliegen. Nur Pornographische Materialien und Druckwerke, die unter das Verbotsgesetz fallen dürfen nicht aufliegen. Der Herr Bezirksvorstandsstellvertreter Heribich darf also in aller Ruhe die beschriebenen Zeitschriften und deren neu-rechte Inhalte in seinem Vorzimmer verbreiten. Eine Stadträtin schrieb, sie könne nichts gegen ihn unternehmen, da sein Büro zwar im Magistrat liege, jedoch nicht dazugehöre.

In Österreich sind neu-rechte Inhalte in der **Mitte der Gesellschaft** angesiedelt, und nicht etwa nur rechts-außen. Es gilt, diese Inhalte ihres „neuen“ Mäntelchen zu entkleiden, deren wahren Kern sowie die Ziele, die damit verfolgt werden zu entblößen, diese zu bekämpfen ohne sich dabei positiv auf Volk, Staat oder Nation zu beziehen oder in patriotisch-idiotischer Manier „Wir sind das wahre Österreich“ oder „Neuwahlen“ zu fordern.

Eine umfangreichere Arbeit zum Thema wird auf unserer derzeit noch im Entstehen befindlichen Homepage unter www.oekoli.cjb.net nachlesbar sein.

Marianne Kreutzer

Fußnoten:

⁽¹⁾ Diese Theorie geht paradoxerweise auf den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci zurück. Mit „kultureller Hegemonie“ meint er, daß die dauerhafte Macht im Staate erst erreicht werden könne, wenn man die „Köpfe“ der Bevölkerung erobert, also die Menschen von den eigenen

Inhalten überzeuge und die gesellschaftspolitische Meinungsführerschaft erreiche. Es müsse darum gehen, auf „metapolitischer“ Ebene eine „kulturelle Hegemonie“ zu erringen, bevor große politische Umwälzungen stattfinden können. Die „Neue-Rechte“ hat sich diese Theorie angeeignet, nachdem sie diese jedes historisch-konkreten Klassengehaltes entledigte. (Vgl. Schiedl, 1998:234)

⁽²⁾ Über die mangelhafte Abgrenzung des links-liberalen Begriffs „Multikulturalismus“ zum neu-rechten Ethnopluralismus schrieben wir in der letzten RadiX (Nr.3) oder auch nachzulesen unter: <http://contextXXI.mediaweb.at/texte/FRTexte.html>) bzw. unter: www.oekoli.cjb.net

⁽³⁾ siehe die komplette Liste der illustren Herrn: <http://www.cartellverband.at/ZZ-Interviews.php3>

⁽⁴⁾ entweder gratis am Bezirksamt erhältlich oder siehe auch www.zurzeit.at

⁽⁵⁾ C.Lévi-Strauss: Rasse und Kultur, in: Der Blick aus der Ferne, Frankfurt/Main 1993:38. (zit. Nach Terkessidis 1995:51). Lévis-Strauss versucht „wissenschaftlich“ zu begründen, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur ebenso biologisch-genetisch begründet sei, wie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse. Der Rassismus erscheint für Lévis-Strauss als eine verständliche, fast notwendige Reaktion, während der Antirassismus die Kulturvernichtung unterstütze. Für ihn sind die Antirassisten die eigentlichen Rassisten.

Literatur

BAILER-GALANDA, Brigitte: Alte und Neue Rechte, Wien 1993

DÖW (DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDS) (Hg): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus 1993

SCHIEDL, Heribert: „Neue Rechte“ und rechtsextreme Intellektualität - Anmerkungen zu einem gar nicht so neuen Phänomen, in: Reinalter/Petri/Kaufmann (Hg): Das Weltbild des Rechtsextremismus, Wien, 1998, S. 225 - 242

ÖZP - Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1995/3: Schwerpunktthemen: Neue Rechte, Wien 1995 TERKESSIDIS, Mark: Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte, Köln, 1995.

in der Bibiothek des DÖW könnt ihr die meisten der hier zitierten Bücher finden! Wipplingerstr. 6-8, 1010 Wien, im Alten Rathaus (www.doew.at)

FPÖ und Europa

Die vermeintlichen "Sanktionen" der EU-Staaten gegen die österreichische Bundesregierung wurden von der FPÖ genutzt um eine EU-Kritik von Rechts zu etablieren, die seither in der österreichischen Bevölkerung auf regen Zuspruch stößt. Den Hintergrund dazu bildet eine lange und Widersprüchliche Geschichte eines Europadiskurses der "neuen" und "alten" Rechten.

In der Europapolitik der FPÖ spiegelt sich nicht nur die gesamte Vielfalt eines sehr widersprüchlichen und teilweise sehr taktisch bestimmten Verhältnisses der gesamten Neuen Rechten gegenüber "Europa" wieder. Die jeweilige Europapolitik der FPÖ ist aufgrund des Charakters der FPÖ als populistische Massenbewegung auch sehr stark von kurz- und mittelfristigen realpolitischen Überlegungen geprägt, die sich einerseits an populistischen Stimmenmaximierungen vor Wahlen, andererseits aber dann auch wieder von ökonomischen Interessen der Partei nahestehender Industrieller und Wirtschaftstreibender leiten läßt.

Möglicherweise lassen sich damit zumindest ansatzweise die relativ ruckartigen Veränderungen und die geringe Stringenz in den Positionen der FPÖ gegenüber der EU erklären. Trotzdem ergibt sich bei genauerer Lektüre verschiedener FPÖ-Publikationen ein Europabild der FPÖ, das sich zwar in verschiedenen taktischen und strategischen Überlegungen unterscheidet aber auch viele Gemeinsamkeiten besitzt.

Europa und die "Neue Rechte"

Eine wichtige Rolle spielte dabei bis zur Machtübernahme Jörg Haiders die relativ starke Heterogenität der Partei, die versuchte, verschiedenste Strömungen der "neuen" und "alten" Rechten unter ein Dach zu bringen. Die unterschiedlichen Europastrategien der europäischen Rechten spiegeln sich so auch in der Ideologiegeschichte der FPÖ wieder.

Die Bedeutung des Kampfbegriffes "Europa" ist dabei in der gesamten Europäischen Rechten

und extremen Rechten sehr unterschiedlich: "Als Abendland wird es vom konservativen Flügel angerufen, als Deutsches Reich vom deutschnationalen und die dazwischenliegende neurechte Intelligenz strapaziert Europa als zu befreiende Kolonie raumfremder Mächte." (SCHIEDEL, 1995: 68)

Während neuheidnische Strömungen der extremen Rechten den Zeitpunkt dieser Kolonialisierung bereits zur Christianisierung Europas zurückverlegen, sehen die meisten VertreterInnen der "Neuen Rechten" in der militärischen Niederlage Nazideutschlands und der folgenden "Teilung Europas" zwischen NATO und Warschauer Pakt den Beginn dieser "Kolonialisierung Europas". Nach der Niederlage des Warschauer Paktes lenkt diese Strömung des Europäischen Rechtsextremismus ihr Hauptaugenmerk folgerichtig auf einen Kampf gegen die Vereinigten Staaten von Amerika in denen sie glauben eine verbliebene Superkolonialmacht wahrzunehmen.

Bei diesem Antiamerikanismus setzen teilweise auch verschiedene Querfrontstrategien ein, die - teilweise erfolgreich - versuchen, ebenso anti-amerikanisch eingestellte Linke für die "Neue Rechte" zu vereinnahmen bzw. Bündnisse mit diesen einzugehen.

Die neurechten VertreterInnen eines "nationalen Befreiungskampfes" gegen die Hegemonie der USA legen dabei einen großen Wert auf den Kampf gegen US-Amerikanische Kultureinflüsse und die "kulturelle Emanzipation" Europas. "Bei der angesagten geistigen Emanzipation Europas kommt - wenig überraschend - Großdeutschland wieder zentraler Stellenwert zu: Die ersehnte unabhängige "Nation Europa" habe bei ihren germanischen Ursprüngen anzuknüpfen, liege doch in der vorchristlichen Blut- und Bodenreligion das durchzusetzende Abstammungs und Identitätsprinzip begründet." (SCHIEDEL, 1998: 23)

Eine solche Ideologie einer "Nation Europa" geht bereits auf den britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley zurück, der ehemalige Führer der Britisch Union of Fashists (BUF), der bereits unmittelbar nach 1945 seine Aktivitäten ungehin-



dert fortsetzte, ehe "The 43 Group" dem Treiben seiner neugegründeten Faschistengruppen in einem langwierigen Kampf ein Ende setzte. (siehe BECKMAN, 1992)

Bereits 1951 versammelte sich in Malmö "die faschistische Elite Europas, um die "Europäische Soziale Bewegung" (ESB) ins Leben zu rufen. In der BRD gründete der vormalige SS-"Sturmbannführer" und oberste "Bandenbekämpfer" Hitlers, Arthur Erhardt, die bis heute erscheinende, zentrale Zeitschrift "Nation (und) Europa. Monatsschrift in Dienste der europäischen Neuordnung"" (SCHIEDEL, 1998: 24), die noch heute als ideologische Stichwortgeberin des europäischen Rechtsextremismus fungiert.

Die "Neue Rechte" bekämpft seither die EU und seit Maastricht insbesondere die Verträge von Maastricht als amerikanisierten "Multikulti-Einheitsbrei" und setzt dieser je nach Strömung ein "Europa der Vaterländer" und/oder ein "Europa der Regionen" entgegen. Entscheidend in deren Argumentation sind dabei angeblich "naturwüchsige" Einheiten, die in völkischen Kategorien gedachte "Regionen" oder "Vaterländer" bilden.

"Europa" wird dabei primär als Kampfbegriff gegen die USA, gegen die Islamische Welt oder andere Weltregionen gesehen von denen eine vermeintliche Bedrohung für die "Nation Europa" ausgehe. Die europäische "Innenpolitik" wird hingegen eher als Konföderation völkischer Blut- und Boden-Gemeinschaften gesehen, denn als politische Union.

Europa der Regionen und Vaterländer

Dieses Konzept eines "Europa der Regionen" oder eines "Europa der Vaterländer" spielte dabei auch in der europapolitischen Argumentation der FPÖ immer eine wichtige Rolle und läßt sich als "Brauner Faden" durch die verschiedenen taktischen Schwenks der europapolitischen Positionen der FPÖ sehen.

Bis relativ kurz vor der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (EU) läßt sich die FPÖ als die EU-beitrittswillige Partei Österreichs schlechthin beschreiben, die als erste aller österreichischen Parlamentsparteien einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) befürwortete. Im alten Parteiprogramm der FPÖ von 1985 hört

EUROPA ALS CHRISTLICHES REICH

Als wichtige ideologische Bastion einer europäischen Reichsidee dient seit Jahrzehnten die Paneuropabewegung, deren Vorsitzender Otto Habsburg seit Jahren eine EU als "christliches Abendland" propagiert.

In seine Fußstapfen tritt seit einigen Jahren dessen weniger erfolgreiche Sohn, Karl Habsburg, der für die letzten EU-Wahlen eine eigene christlich-integralistische Rechtsaussenpartei, die CSA (Christlichsoziale Allianz) gründete. Nach einer fatalen Wahlniederlage zog sich zwar der Kaisersproßling aus der Politik zurück, unter der Führung von Rüdiger Petrin und Carl Albert Waldstein arbeitet die Partei jedoch weiter und kündigte im vergangenen Juli an, gemeinsam mit Alexander Schmidingers CSU (Christlichsoziale Union) wieder zu Wahlen antreten zu wollen.

sich diese europapolitische Position der FPÖ schließlich so an:

"[...] Den letzten Schritt zur Vollendung des von uns angestrebten Einigungswerkes erblicken wir in der Schaffung einer europäischen Konföderation. In dieser soll jedes Volk auf der Grundlage von Selbstbestimmung seine Eigenart bewahren können" (FPÖ, 1995: 1.4)

Was darunter zu verstehen ist stellt bereits diese Programm - das noch in der "liberalen" Steger-Ära beschlossen wurde unter dem Kapitel "Volk, Heimat" fest:

"Wir halten das Bestehen ethnischer Gemeinschaften für notwendig, auch und gerade in einer Zeit übernationaler und überregionaler Zusammenschlüsse." (FPÖ, 1995: 3.14)

Wie sehr dieses Europa als deutsch-dominiertes Europa gesehen wurde macht bereits ein Blick in das Ausseer Programm der Vorgängerpartei der FPÖ, dem Verband der Unabhängigen (VdU) von 1954 klar:

"Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muß dem gesamten deutschen Volk dienen und darf nie gegen einen anderen deutschen Staat gerichtet sein. Wir fordern die Einigung der europäischen Völker auf Grundlage voller Gleichberechtigung." (zit. nach REITER, 1993: 589) Folgerichtig sieht schließlich auch Erich Reiter, der im Jahrbuch der FPÖ-Bildungsorganisation

"Freiheitliches Bildungswerk" die Europaprogramme der FPÖ analysieren darf, im Jahr 1945, dem Jahr der militärischen Niederlage Nazi-deutschlands, und nicht im Jahr 1933, der Machtübernahme Hitlers in Deutschland, eine europäische Tragödie:

"Das Jahr 1945 war nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Tragödie" (REITER, 1993: 589)

Die Strategie der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung nach 1945 war jedoch eine andere. Nach den Verbrechen des deutschen Faschismus, wollte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nichts mehr davon wissen, daß sie sich noch bis vor kurzem als Teil der "Deutschen Nation" gesehen hatte und folgte willig der Schaffung einer "Österreichischen Nation", die wie bereits beschrieben mit der "gesamtdeutschen" Vergangeneheit nichts mehr zu tun haben wollte. Mit diesem zunehmenden Bekenntnis der ÖsterreicherInnen zur "Österreichischen Nation" wurde auch die offene Deutschtümelei der FPÖ zunehmend unattraktiver, was zu sukzessiven Entschärfungen des Deutschbekenntnisses der Partei führte. Im Parteiprogramm von 1985 findet sich neben der Definition vom "Volk als natürliche Gemeinschaft [das] durch Abstammung und geschichtliche Entwicklung verbunden" ist und "gemeinsame Wesenszüge" aufweist (FPÖ, 1985: 1.3) immerhin noch der Hinweis auf die "Zugehörigkeit der ÖsterreicherInnen zur deutschen 'Volks- und Kulturgemeinschaft':

"Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Österreicher gehört der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft an. Diese Tatsache bleibt bestehen, obwohl sie als Folge eines verhängnisvollen Kapitels deutscher Geschichte in Österreich vielfach verdrängt wird. Wir wollen, daß Österreich, eingebettet in den deutschen Volks- und Kulturraum, auch in Zukunft dessen Entwicklung eigenständig mitgestaltet."

(FPÖ, 1985: 1.3)

Während Jörg Haider zu Beginn seiner FPÖ-Obmannschaft diese klassisch deutschnationale Position weiter vertrat, schwenkte er ab Mitte der Neunzigerjahre zunehmend auf eine Österreich-patriotische Linie um, was einer der taktisch wesentlichen Schritte war, die WählerInnenschaft der FPÖ weit über das verbliebene deutschnationale Potential zu verbreitern und für jene postnationalsozialistischen DemokratInnen attraktiv zu werden, die den Deutschnationalismus durch das Zugehörigkeitsgefühl zum immerwährenden

"armen Opfer Österreich" ersetzt hatten.

Auch die Europaargumentation der FPÖ wurde zunehmen ethnopluralistischer und legte immer mehr Wert auf "Kultur", denn auf "Volk", auf die "Region", denn auf die "Nation".

"Europa" wird dabei vor allem dort als Einheit gesehen, wo es um die Abgrenzung zu Asien, Nordafrika,... geht und dort als in ethnopluralistische Regionen aufzuteilende Konföderation, wo es um die interne Abgrenzung der verschiedenen "Heimaten" geht.

Die FPÖ nähert sich mit dieser Position teilweise jenen RegionalistInnen an die einerseits als Vorbild für dieses neue Europa das alte "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" sehen, andererseits aber mit dem "Europa der Regionen"-Konzept auch an alternativ-ökologische Diskurse anknüpfen.

Im aktuellen Parteiprogramm der FPÖ von 1997 hört sich die Idee eines nach Innen ethnopluralistischen und nach Außen hin zur Festung gewordenen Europas unter der Überschrift "Schicksalsgemeinschaft Europa" so an:

"Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Es gründet in der christlich-abendländischen Wertegemeinschaft. Die durch gemeinsame Schicksale verbundenen Völker und ihr kulturelles Erbe bilden und tragen Europa. [...]

Der Reichtum Europas liegt in der Vielfalt seiner Völker und Volksgruppen. Die christlich-abendländische Wertegemeinschaft räumt der Freiheit des Einzelnen und der Freiheit der Völker einen besonders hohen Stellenwert ein, einen höheren als dies in anderen Kulturkreisen der Fall ist. [...]

Das künftige Schicksal Europas muß von der Gestaltungsfreiheit seiner Völker geprägt sein. Dabei sind die durch die Geschichte entstandene Vielfalt und das kulturelle Erbe zu bewahren und weiterzuentwickeln."

(<http://fpoe.at/bb/programm97/art6.htm>)

Und da die FPÖ - zumindest nach Außen hin - ihren Deutschnationalismus weitgehend durch einen eher in austrofaschistischer Tradition stehenden Österreich-Patriotismus ersetzt hat, muß im katholischen Alpenlande natürlich auch für das "Christliche Abendland" eine Lanze gebrochen werden. Ein eigenes Kapitel "Christentum - Fundament Europas" markiert im neuen Parteiprogramm die Abkehr vom ehemals antiklerikalen Deutschnationalismus und die Annäherung zu katholischen IntegralistInnen und austropatriotischen AbendlandsverteidigerInnen:

"Die vom Christentum und antiker Welt geprägte Wertordnung bildet das wichtigste geistige Fundament Europas. Darauf beruhen die wesentlichen geistigen Strömungen vom Humanismus bis zur Aufklärung. [...]

Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt. Im Bestreben um den Erhalt dieser Grundlagen Europas sehen sich die Freiheitlichen als ideale Partner der christlichen Kirchen, auch wenn es zu verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Standpunkte gibt. [...]

Durch vielfältige Strömungen sind diese Grundlagen [Europas] gefährdet. Der zunehmende Fundamentalismus eines radikalen Islams und dessen Vordringen nach Europa, aber auch ein hedonistischer Konsumismus, ein aggressiver Kapitalismus, das Zunehmen des Okkultismus und pseudoreligiöser Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus bedrohen den Wertekonsens, der deshalb verlorenzugehen droht."

([http:// www.fpoe.at/bb/programm97/art5.htm](http://www.fpoe.at/bb/programm97/art5.htm))

Die EG wurde bis zu den Verträgen von Maastricht von der FPÖ offensichtlich noch als Entwicklungsmöglichkeit hin zu einem ethnopluralistischen Abendland gesehen. Jedenfalls schwenkte Jörg Haider - wohl auch aus Gründen einer vermeintlich besseren Stimmenmaximierung bei den nächsten Wahlen - erst relativ kurz vor der EU-Volksabstimmung 1994 vom kämpferischen Befürworter eines EU-Beitritts zu einer populistischen Gegnerschaft der EU um. Mit Angstargumenten, die von der "Ausländerflut" oder angeblichem Stierblut in der Schokolade über Schildläuse im Erdbeerjoghurt oder den Ausverkauf der Alpen an holländische oder deutsche FerienhausbesitzerInnen bis zum Export des guten Österreichischen Wassers an "die Portugiesen" gingen, versuchte sich die FPÖ im Vorfeld der Volksabstimmung als EU-Gegnerpartei zu etablieren.

Dieser Schwenk machte es für linke EU-GegnerInnen teilweise sehr schwer mit sachlichen Argumenten gegen einen EU-Beitritt aufzutreten. Manche fortschrittliche EU-GegnerInnen flüchtete vor Haiders EU-Kampagne gar in das Lager der EU-BefürworterInnen um sich nicht in eine Reihe mit einem xenophoben Populismus wiederzufinden.

Kurzfristig ging die Rechnung der FPÖ aber kaum auf. Bei der EU-Volksabstimmung entschieden sich 2/3 aller Wahlberechtigten für einen

Beitritt zur EU. Der Schwenk der Partei war neben der offen ausländerfeindlichen Mobilisierung des "Ausländervolksegehrens" einer der Hauptgründe für die Spaltung der Partei und die Gründung des "Liberalen Forums", das sich in der Folge v.a. als Anti-FPÖ profilieren sollte und die letzten Liberalen in der Partei mitnahm.

Mittelfristig konnte die FPÖ hingegen von ihrem Schwenk zur Anti-EU-Partei profitieren. Da sich viele ÖsterreicherInnen von den Versprechungen der sozialdemokratisch-konservativen Koalitionsregierung, die im Falle eines EU-Beitritts das Blaue vom Himmel versprochen hatte, betrogen fühlten und in der Bevölkerung bereits vor der Werbekampagne der Bundesregierung eine latent europafeindliche Stimmung geherrscht hatte, änderte sich die Meinung zur EU bereits innerhalb des ersten Mitgliedsjahres Österreichs in der EU dramatisch. Bereits Ende 1995 stimmten fast alle Meinungsumfragen darin überein, daß sich nun 2/3 der Bevölkerung gegen die EU aussprachen und nur noch 1/3 dafür. Von diesem Meinungsumschwung konnte primär die FPÖ profitieren.

Die FPÖ tut sich seither immer wieder als EU-feindliche Partei hervor, was gemeinsam mit ihrem offenen Rassismus und ihrem latenten Antisemitismus von Wahl zu Wahl mehr WählerInnen in ihre Arme trieb.

Besonders relevant wurde diese EU-feindliche Haltung der FPÖ seit diese Partei gemeinsam mit der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) die Regierung übernahm und innerhalb kürzester Zeit die gesamte EU gegen sich aufbrachte.

Die vermeintlichen bilateralen "Sanktionen" der EU-14 gegen die österreichische Rechtsregierung, sind seither nicht nur ständig präsent Thema in allen Nachrichtensendungen, sondern insbesondere DAS Thema der FPÖ, mit dem nicht nur von der konkreten Regierungsarbeit, insbesondere vom einschneidenden Sozialabbau und der Demontage der Gewerkschaften abgelenkt wird, sondern auch eine immer militantere antieuropäische Agitation betrieben wird.

Der FPÖ ist es dabei auch gelungen, ihren ehemals geradezu euphorischen Koalitionspartner ÖVP auf eine ebenso EU-feindliche Linie einzuschwören. Die Bundesregierung plante für den Fall, daß der Bericht der EU-Weisen nicht zur

Aufhebung dieser "Sanktionen" geführt hätte, für den Herbst sogar eine Volksabstimmung über die Aufhebung der Sanktionen.

Um diesen nationalen Konsens nur weiter beibehalten zu können, versuchte die FPÖ, in der Hoffnung auf Beibehaltung des gemeinsamen Feindes, noch Öl ins Feuer zu gießen. Für den Herbst kündigte Andreas Mölzer, der deutsch-nationale Chefideologe der Partei und Herausgeber der rechtsextremen Wochenzeitung "Zur Zeit", bereits an, ein großes Treffen europäischer RechtsextremistInnen in Österreich veranstalten zu wollen. Mit dabei sollen neben der FPÖ auch Vertreter des Vlaams Blok aus Belgien, des MNR aus Frankreich, sowie Italienische Neofaschisten und Regionalisten in Wien erscheinen.

Thomas Schmidinger

Bibliographie:

- BAILER, Brigitte / NEUGEBAUER, Wolfgang: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus
- in: DOKUMENTATIONSARCHIV des Österreichischen - - - - -
- Widerstands: Handbuch des Österreichischen

- Rechtsextremismus, Wien 1993; S 327 - 429
- BECKMAN, Morris: The 43 Group London, 1992
- GRATZER, Christian: Der Schoß ist fruchtbar noch..., NSDAP (1920 - 1933) - FPÖ (1986 - 1998), Kontinuitäten, Parallelen, Ähnlichkeiten Wien, 1998
- FPÖ: Österreich politisch erneuern. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs Salzburg, 1985
- LUTHER, Kurt Richard: Die Freiheitliche Partei Österreichs in: DACHS/GERLICH u.a.: Handbuch des Politischen Systems Österreichs Wien, 1992
- REITER, Erich: Ein neues Europaprogramm für die FPÖ? in: FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK: Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung 1994 Wien, 1993; S 583 - 598
- SCHIEDEL, Heribert: Die extreme Rechte "Im Dienst der Europäischen Neuordnung" in: PURTSCHELLER, Wolfgang: Die Rechte in Bewegung, Seilschaften und Vernetzungen der "Neuen Rechten" Wien, 1995; S 68 - 99
- SCHIEDEL, Heribert: Europäischer Rechtsextremismus in: Zoom 6+7, 1998; S 22 - 33



Realistisch sein.
Das Unmögliche wagen.
Solidarisch berichten.

Volksstimme

Ich bestelle:

- ☐ 4 Nummern gratis zum Kennenlernen öS 0,-
- ☐ Abonnement mit jährlicher Zahlung/Inland öS 400,-

Name

Adresse, PLZ, Ort

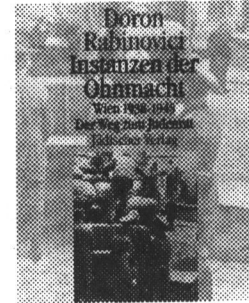
Telefon

Unterschrift

Kupon an Volksstimme,
Weyringergasse 35/DG,
1040 Wien schicken.

Das Abo verlängert sich,
wenn es nicht einen Mo-
nat vor Ablauf gekündigt
wird, um ein weiteres
Jahr.

Instanzen der Ohnmacht



Das neue Buch von Doron Rabinovici schildert die Situation der Wiener Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft von 1938 bis 1945 mit akribisch zusammengetragenem Material und einer Fülle von Einzelbeispielen. Die verschiedenen jüdischen Institutionen werden dabei – sofern sie nicht sofort mit dem Anschluß aufgelöst worden waren – in ihren sehr unterschiedlichen Überlebensstrategien geschildert.

Klar herausgearbeitet wird auch, daß Wien der erste Ort war, *"an dem die sogenannte "Lösung der Judenfrage" in Angriff genommen wurde. Hier fand der "Probelauf" statt."* Und während im März 1938 von einem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich gesprochen werden kann, so kann die folgende Entwicklung durchaus auch als Anschluß der deutschen an die ostmärkische "Judenpolitik" charakterisiert werden. Nirgendwo stieß diese nationalsozialistische "Judenpolitik" auf solche Begeisterung und so geringen Widerstand wie in Österreich und genau deshalb konnte hier ausprobiert werden, was in der Folge im gesamten Reichsgebiet umgesetzt werden sollte.

Doron Rabinovici schildert in diesem Zusammenhang auch jenen begeisterten österreichischen Antisemitismus, der bereits in der Nacht vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich zu ersten pogromartigen Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden und zu solch einem Ausmaß "wilder" Arisierungen führte, daß sich vorerst sogar die neue NS-Staatsgewalt genötigt fühlte, dem wilden Treiben des antisemitischen Mobs entgegenzutreten. Die Pläne der Nationalsozialisten sahen nämlich eine geordnete, beinahe legalistisch anmutende "Lösung der Judenfrage" vor, die schließlich von einem Beamtenstaab um den Wiener NS-Beamten Adolf Eichmann, dem Referat II-112 des Sicherheitsdienstes der SS koordiniert wurde. Die von Adolf Eichmann in Wien eingeübte Politik der Vertreibung, die schließlich zu einer akribisch beamtenhaft durchgeführten industriellen Massenvernichtung mündete, wurde angesichts der "Erfolge" der Eichmann-Männer auf das

gesamte Reichsgebiet ausgedehnt.

Diese Entwicklung und die aussichtslose Lage der jüdischen Institutionen, die in verzweifelten Versuchen einer taktischen Zusammenarbeit mit den Behörden versuchten, möglichst viele Menschen zu retten und dabei zu *"Instanzen der Ohnmacht"* wurden, wird in Rabinovici's Buch detailliert beschrieben.

Die Strategie der NS-Behörden, jüdische Institutionen - um jüdische Menschen retten zu können - zu zwingen, andere Jüdinnen und Juden selbst für den Abtransport in die Konzentrationslager selektieren zu müssen, ging schließlich nach 1945 erneut auf, als jüdische Kollaborateure, die unter ständiger Bedrohung ihres eigenen Lebens, dieses durch eine Zusammenarbeit mit den Nazis retten wollten, erneut wesentlich strenger bestraft wurden als die eigentlichen Täter, die sich oft auf "Befehlsnotstand" berufen konnten.

Thomas Schmidinger

Doron Rabinovici:
Instanzen der Ohnmacht
Wien 1938 – 1945, Der Weg zum Judenrat
Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag
Frankfurt am Main, 2000

MAHNWACHE IM GEDENKEN DER OPFER DES NOVEMBERPOGROMS

Wie jedes Jahr findet auch heuer eine Mahnwache und Kundgebung am Jahrestag des November-pogroms statt. Am Donnerstag, den 9. November trifft sich um 18.00h eine breite Plattform antifaschistischer Gruppierungen vor dem Gedenkstein vor dem ehemaligen Aspangbahnhof auf dem Platz der Opfer der Deportation. Von hier aus verließen die Züge der Deportierten Jüdinnen und Juden das nationalsozialistische Wien in Richtung Auschwitz und in die anderen Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis.

Rassistische Drogenrazzia und Polizeiübergreif im Flüchtlingslager Traiskirchen: „Ein Bilderbuch-Einsatz!“ ⁽¹⁾

Am Montag, dem 10. Juli 2000 fand die erste UVS -Verhandlung im „Fall“ Traiskirchen statt. 34 Menschen sind BeschwerdeführerInnen gegen die Polizei. Die Bewohner des sogenannten „Afrikaner-Blocks“ erzählen, wie sie am 17.1. 2000 im Flüchtlingslager Traiskirchen von einer Horde PolizistInnen und zwei Hunden überraschend überfallen, beschimpft, durchsucht (u.a. Anal- und Vaginal-„visitationen“ mit denselben Gummihandschuhen), geschlagen, gedemütigt und gefoltert wurden. Auch ein zwei Monate altes Baby wurde nicht verschont. „Suchtgiftrazzia im Zuge der Operation Streetworker“ heißt das dann im Polizeijargon, oder „Amtshandlung der Gendarmerie am 19.1.1999“. Von 19:30 bis 24:00 tobten sich die PolizistInnen aus. Gefunden haben sie nichts. Nun bestreiten sie alle Vorwürfe.

Der erste Verhandlungstag begann um 9:00 und endete unterbrochen nur von kurzen Pausen nach 19:00. Fünf Frauen wurden zu diesem ersten Termin geladen und mußten sich 10 Stunden lang die Zynismen des Vorsitzenden Richters, Paul Marzi, der von ihm konsultierten „sachverständigen“ Zeugen und der PolizistInnen, die sich plötzlich an gar nichts mehr erinnern, nicht einmal an die eigenen KollegInnen, anhören. Die Frauen sollten nur kurz und präzise antworten (Marzi: „De soll ma kan Roman erzöhl: Jo oder Na und aus.“).

Unser Protokoll ist 20 Seiten lang und beschreibt nicht nur den Wahnsinn der „Amtshandlung“ des 17. Jänners 2000 sondern auch jenen der Verhandlung. Der Vorsitzende Richter Marzi hatte gegenüber der APA bereits geäußert, daß sich die „Überprüfung“ in Traiskirchen nicht „auf Luft aufbaue“, sondern es „gewichtige Gründe im Zusammenhang mit Vergehen nach dem Suchtmittelgesetz“ gäbe. Frau sollte wissen, er kommt selbst aus der Sicherheitsdirektion und sprach nach der Verhandlung zwei der anwesenden Polizisten mit ihren Spitznamen an.

„Drogenexperten“: das Konstrukt Afrikaner = Dealer

Obwohl im Zuge der Razzia keine „Drogen“ gefunden wurden, durfte der „sachkundige Zeuge“ Gerhard JOUSZT (Abt. 2.8, Innenministerium) ein Referat über internationalen und nationalen Drogenhandel halten, indem er u.a. versuchte zu rechtfertigen, was die PolizistInnen abstritten, Eigentor sozusagen: So erzählte er, daß im Zuge der „Operation Streetworker“, drei Vertrauenseinkäufe von verdeckten ErmittlerInnen durchgeführt und dabei festgestellt wurde, daß Drogen mit Wachs isoliert im Mund, im Anal- und im Vaginalbereich versteckt würden. Auf die Frage, ob es also auch Erfahrungen mit Dealerinnen gäbe, antwortete er: „Nein, Erfahrungen mit Frauen haben wir nicht, aber der Genitalbereich eignet sich sehr gut als Versteck.“ Er fährt fort: „Normalerweise führen wir bei Verdacht Röntgen oder Ultraschalluntersuchungen vor. Das muß von einem Amtsarzt oder von Vertrauensärzten der Gendarmerie durchgeführt werden.“ Motiviert durch die Fragen des Vorsitzenden fährt er fort: „Es gibt rund um Traiskirchen sozial Schwächere und Flüchtlinge, die benutzt werden, mit Suchtgift zu handeln. (...) Es gibt auch internationale Erfahrungswerte und es sind eben v.a. westafrikanische Leute, die im Straßenverkauf eingesetzt werden.“ Dr. Rainer stellt keine Fragen an Jouszt denn: „Was hat das überhaupt mit unserem Fall zu tun?“

Zuerst wird A.A. vernommen. Sie versucht das ihr widerfahrene zu erzählen, wird dabei öfters von Marzi mit dem Hinweis auf die Wahrheitspflicht unterbrochen, außerdem „mach ich Sie darauf aufmerksam, daß erhebliche Unterschiede zwischen Ihren Vorwürfen und den Schilderungen der Beamten bestehen.“ Sein insistenter Versuch, A.A. in Widersprüche, was die vom Rechtsanwalt verfaßte Anklageschrift betrifft schlägt kärglich fehl. Sie erzählt, wie am 17.1.1999 um ca. 19:30 plötzlich, ohne vorherige Benachrichtigung, mehrere Polizisten mit Waffen im Anschlag das Zimmer stürmten. Der Grund für die



Amtshandlung wurde nie erklärt. Sie mußte in eine Plastikflasche urinieren, in die selbe, die alle benutzen mußten, der Gang zum WC wurde ihr verweigert. Nur eine Frau durfte später in Begleitung einer Polizistin aufs WC. Diese erzählt dann von der Vaginaluntersuchung, der sie sich vor den Augen der anwesenden männlichen Polizisten unterziehen mußte. AA erzählt, wie sie von männlichen Polizisten untersucht und begrabscht wurde, wie sie gezwungen wurde, sich abfotografieren zu lassen, sie erzählt von der Demütigung und Erniedrigung, die sie verspürte, als sie vor allen in die Flasche urinieren mußte. Der Richter sagt daraufhin: „Na Sie hätten sich ja umdrehen können.“ Und „Ham´s die Hose jetzt ganz runter lassen oder nur bis zu den Knien?“

„Frische Luft tut keinem Säugling weh.“

M.L. erzählt, sie habe bereits geschlafen, als ihr Zimmer von 6 männlichen Polizisten und einem Hund gestürmt wurde. Auch sie beschreibt die Sturmgewehre. Das Fenster wurde aufgerissen, das Baby entkleidet, die Windeln zerissen, das Zimmer auf den Kopf gestellt. Der Köter schleckte das Baby unter den Lachkrämpfen der Polizisten ab. Den Zusammenhang mit der Bronchitis und dem Fieber, unter der das Kind daraufhin erkrankte, stritt der nächste „sachkundige Zeuge“, ein Gynäkologe, vehement ab. Auch die Frage des Rechtsanwalts, ob es für ein Baby Qual, Leid oder Unbehagen bedeute, 4 Stunden lang ungestillt, brüllend, bei Kälte, von einem Hund beschleckt, ohne die Umarmung der Mutter, neben einem offenem Fenster im Jänner zu liegen, antwortet der „Experte“ lächelnd mit: „Frische Luft tut keinem Säugling weh. Es wurde später ja wieder angezogen.“ M.L. durfte auch nicht aufs WC, sie mußte in eine Schüssel vor den Augen der 6 Männer, die sich auf 1 Meter Distanz aufpflanzten, urinieren. Auch bei M.L. ertete der Richter mit seinen Einschüchterungs- und seinen weiteren Versuchen, sie in Widersprüche zu verwickeln, keinen Erfolg.

Vaginalvisitationen

Die weibliche Beamtin, Monika Waldberg, bestritt - obwohl es Zeuginnen gibt - daß eine weitere Polizistin bei der Aktion in Traiskirchen anwesend war. Bei ihrem Versuch, die totale Harmonie des Einsatzes zu beschreiben. Alles sei ruhig vor sich gegangen, es habe keinen Widerstand gegeben, die Frauen ließen sich freiwillig durchsuchen, sie

hätte bei Frau C. KEINE Vaginaluntersuchung durchgeführt, alle durften Wasser trinken gehen, alle durften aufs WC, alleine in die Kabine, sie habe zwar den Speichel einer Frau die ins Klo spuckte, kontrolliert, das Urin aber nicht - Warum nicht?: „Das mach ich aus Prinzip nicht.“ (!). Durch die Befragung des Rechtsanwalts und die unzähligen Widersprüche, in die sie sich verstrickte, konnte sie sich am Ende an gar nichts mehr erinnern. Obwohl sie bestritt, daß eine weitere Frau bei der Aktion und auch bei deren Vorbesprechung („Aktionseinsatzgespräch“) am selben Tag zu Mittag anwesend war, konnte sie nicht einmal schätzen, wieviele Beamte die „Amtshandlung“ durchführten. Der Richter versuchte ständig, ihr aus der Patsche zu helfen, erinnerte sie kein einziges Mal an die Wahrheitspflicht. Frau C. beschreibt, wie die Beamtin die Vaginaluntersuchung durchgeführt hat und wie die männlichen Beamten durch die geöffnete WC-Türe gafften. Diese bestreitet alles. Den durchsichtigen Medizinhandschuh habe sie nur zum Abtasten der Frauen verwendet. Sie habe ihn kurz daraufhin weggeschmissen. Warum dieser jedoch nicht gefunden wurde, kann sie sich nicht erklären.

Hundeführer und Beamtensicherung...

Der Hundeführer bestreitet, daß ein zweiter Köter im Einsatz war. Er kann sich überhaupt an gar nichts erinnern, auch nicht an das Aktionseinsatzgespräch. („Ich weiß nicht, ob Frauen dabei waren. Ich schau ja nicht extra, ist das jetzt eine Frau oder ein Mann.“ (!)) Daß es KEINEN Hausdurchsuchungsbefehl gab, wußte er natürlich auch nicht. Er habe nichts gehört und nichts gesehen, sei während der 4 Stunden in einer Nische gestanden, von wo aus man nur den Eingang des Waschraumes sehe, ob es drinnen zu Analvisitationen kam, könne er aber auch nicht sagen, er sah nur die Tür. Was war dann seine Aufgabe während des Einsatzes?

„Beamtensicherung.“

Weitere Fragen des Rechtsanwaltes, ob Beamtensicherungen immer SO durchgeführt würden, wurden vom Vertreter der Behörde, Oberstleutnant Franz Polzer (Landesgendarmariekommando NÖ, Kriminalabteilung) mit dem Verweis auf polizeitaktische Geheimnisse abgewiesen. Er habe auch nie das Zimmer des Babys betreten. Außerdem habe sein Hund „im Dienst noch nie jemanden abgescleckt.“ Das wenige, daß aus ihm heraus-

gelockt werden konnte, reicht aus, um zu beweisen, daß seine Aussagen und die seiner Kollegin im Widerspruch stehen. PolizistInnen sind zum Glück sogar zu ungeschickt, sich abzusprechen bzw. ihre Konstruktionen aufrechtzuerhalten

Hausdurchsuchung ohne Hausdurchsuchungsbefehl

Am Montag, dem 15. 8. 2000, fand die neunte Verhandlung statt. Acht Stunden lang wurden 3 Beschwerdeführer aus Kongo und ein bei den Übergriffen vom 17.1.2000 im Flüchtlingslager Traiskirchen beteiligter Polizist befragt.

Der 22-jährige Kongolese B. erzählte, wie um ca. 19:00 des 17.1.2000 zwei Polizisten mit Waffen im Anschlag (u.a. Automatikfeuerwaffen) sein Zimmer im Lager Traiskirchen stürmten und ihn bedrohten. Daraufhin kamen weitere 6 Polizisten in voller Montur herein. Ein Polizist erklärt ihm, sie suchten Drogen. Da die Polizei aber keinen Hausdurchsuchungsbefehl hatten, streiten sie dies heute ab.

Sein Zimmerkollege G. aus Ruanda mußte sich entkleiden und wurde abetastet, ihre Koffer, Bettwäsche etc. wurden durchwühlt und auf den Boden geschmissen. Als dabei ein Foto von G.s Frau zum Vorschein kommt, lachen die Bullen und sagen zu ihm: „*Your wife is not beautiful!*“ Vier der Polizisten gingen daraufhin durch die Tür ins nächste Zimmer: jenes, indem sich die Frau mit ihrem Baby befand - wir berichteten bereits über die Vorfälle, die sich dort dann ereigneten. Auch besagter Hundeführer samt Köter passierte sein Zimmer und ging ins Zimmer der Frau. Als der Junge seine Lagerkarte vorwies, konnte er einen Augenblick lang ins Zimmer der Frau sehen und bestätigte bei seiner Einvernahme ihre Aussage.

Beschimpfungen, Schläge, Fesseln, Analvisitationen

Als die Polizisten B.s Wut merkten, blockierten sie die Tür und schleppten ihn auf den Gang wo er von einem weiteren Polizisten völlig grundlos mit einem Gummiküppel auf den Rücken und auf die Beine geschlagen wurde. Als er auf English fragte, was los sei, brüllte ihn der Bulle an: „*You are black and a drug-dealer*“. Dann mußte auch er sich entkleiden, wurde von oben bis unten abgegriffen und mit Plastik-Handfesseln gefesselt. Dann zertraten sie ihn in die Waschküche, am Weg dorthin sah er einen weiteren Hundeführer samt

Köter. B. fragte wiederum nach dem Grund dieser Behandlung und der Vorgänge. Die Antwort: „*Du bist Asylwerber. Warum bist Du hergekommen, Du Arschloch?!*“ und bekommt einen Remppler den Mittelfinger gezeigt. Wassertrinken wurde ihm im Waschraum verweigert, stattdessen ließ der Hundeführer lachend die Leine des Köters locker und erschreckte damit die weiteren gefesselten Männer, die nach und nach in den Waschraum gebracht wurden. Als ein Mann verlangte, auf die Toilette geführt zu werden, wird ihm auch das verweigert. Zwei weitere gefesselte Männer öffnen ihm unter Lachen der anwesenden Polizisten den Hosenschlitz und er uriniert in einen Kübel. Als die drei Beschwerdeführer dem Vorsitzenden Richter Marzi diesen Vorfall im Verhandlungssaal vorspielten, findet dieser das offensichtlich amüsant und kichert vor sich hin. Auch die Polizeivertreter lachen.

Als einem Gefangenen schlecht wurde, bat er um Lockerung seiner Handfesseln. Daraufhin näherte sich ihm ein Polizist und zog diese noch enger zu. Ein weiterer faßte Mut und fragte, warum sie nicht wenigstens den alten und kranken Mann freiließen, worauf er einen Faustschlag ins Gesicht erhielt.

Auf die Frage, warum B. in dem Polizeiprotokoll nichts von den Schlägen und der Verweigerung des Wassertrinkens erwähnt habe, erzählt dieser, wie er auf dem Komisariat gleich zu anfangs eingeschüchtert wurde. Seiner Dolmetscherin (die selber zugab, bereits jahrelang nicht mehr französisch gesprochen zu haben) wurde Kaffee aufgewartet - als er um ein Glas Wasser bat, erhielt er weder eine Antwort noch das Wasser. B. hat bereits eine Antwort auf sein Asylansuchen: negativ. Er hat Beschwerde eingelegt.

Auch der nächste Beschwerdeführer A. beschreibt die Vorfälle an jenem Tag. Auch er wurde abgegriffen, gefesselt, fotografiert. Als er erzählt wie der Junge im Waschraum bat, den alten und kranken Mann freizulassen und der, bevor er die Faust im Gesicht hatte, mit „*Shut up!*“ angebrüllt wurde zeigt sich Richter Marzi verwundert: „Finden Sie persönlich das Wort „Shut up“ beleidigend?“ Als ihm A. versucht zu erklären, daß es in dieser Situation natürlich einschüchternd und bedrohend gemeint war, kann Marzi es immer noch nicht verstehen und fragt weiter: „*Na was war denn rassistisch?*“ A. erzählt wie er auf seine Frage: „*Warum behandelt Ihr uns so?*“ die Antwort erhielt: „*Niemand hat Euch gebeten, hierher zu kommen.*“ Das kann nun auch der Beamtenvertreter Hofrat MÜNTZKER aus der



Amtshandlung wurde nie erklärt. Sie mußte in eine Plastikflasche urinieren, in die selbe, die alle benutzen mußten, der Gang zum WC wurde ihr verweigert. Nur eine Frau durfte später in Begleitung einer Polizistin aufs WC. Diese erzählt dann von der Vaginaluntersuchung, der sie sich vor den Augen der anwesenden männlichen Polizisten unterziehen mußte. AA erzählt, wie sie von männlichen Polizisten untersucht und begrabscht wurde, wie sie gezwungen wurde, sich abfotografieren zu lassen, sie erzählt von der Demütigung und Erniedrigung, die sie verspürte, als sie vor allen in die Flasche urinieren mußte. Der Richter sagt daraufhin: „Na Sie hätten sich ja umdrehen können.“ Und „Ham’s die Hose jetzt ganz runter lassen oder nur bis zu den Knien?“

„Frische Luft tut keinem Säugling weh.“

M.L. erzählt, sie habe bereits geschlafen, als ihr Zimmer von 6 männlichen Polizisten und einem Hund gestürmt wurde. Auch sie beschreibt die Sturmgewehre. Das Fenster wurde aufgerissen, das Baby entkleidet, die Windeln zerissen, das Zimmer auf den Kopf gestellt. Der Köter schleckte das Baby unter den Lachkrämpfen der Polizisten ab. Den Zusammenhang mit der Bronchitis und dem Fieber, unter der das Kind daraufhin erkrankte, stritt der nächste „sachkundige Zeuge“, ein Gynäkologe, vehement ab. Auch die Frage des Rechtsanwalts, ob es für ein Baby Qual, Leid oder Unbehagen bedeute, 4 Stunden lang ungestillt, brüllend, bei Kälte, von einem Hund beschleckt, ohne die Umarmung der Mutter, neben einem offenem Fenster im Jänner zu liegen, antwortet der „Experte“ lächelnd mit: „Frische Luft tut keinem Säugling weh. Es wurde später ja wieder angezogen.“ M.L. durfte auch nicht aufs WC, sie mußte in eine Schüssel vor den Augen der 6 Männer, die sich auf 1 Meter Distanz aufpflanzten, urinieren. Auch bei M.L. ertete der Richter mit seinen Einschüchterungs- und seinen weiteren Versuchen, sie in Widersprüche zu verwickeln, keinen Erfolg.

Vaginalvisitationen

Die weibliche Beamtin, Monika Waldberg, bestritt - obwohl es Zeuginnen gibt - daß eine weitere Polizistin bei der Aktion in Traiskirchen anwesend war. Bei ihrem Versuch, die totale Harmonie des Einsatzes zu beschreiben. Alles sei ruhig vor sich gegangen, es habe keinen Widerstand gegeben, die Frauen ließen sich freiwillig durchsuchen, sie

hätte bei Frau C. KEINE Vaginaluntersuchung durchgeführt, alle durften Wasser trinken gehen, alle durften aufs WC, alleine in die Kabine, sie habe zwar den Speichel einer Frau die ins Klo spuckte, kontrolliert, das Urin aber nicht - Warum nicht?: „Das mach ich aus Prinzip nicht.“ (!). Durch die Befragung des Rechtsanwalts und die unzähligen Widersprüch, in die sie sich verstrickte, konnte sie sich am Ende an gar nichts mehr erinnern. Obwohl sie bestritt, daß eine weitere Frau bei der Aktion und auch bei deren Vorbesprechung („Aktionseinsatzgespräch“) am selben Tag zu Mittag anwesend war, konnte sie nicht einmal schätzen, wieviele Beamte die „Amtshandlung“ durchführten. Der Richter versuchte ständig, ihr aus der Patsche zu helfen, erinnerte sie kein einziges Mal an die Wahrheitspflicht. Frau C. beschreibt, wie die Beamtin die Vaginaluntersuchung durchgeführt hat und wie die männlichen Beamten durch die geöffnete WC-Türe gafften. Diese bestreitet alles. Den durchsichtigen Medizinhandschuh habe sie nur zum Abtasten der Frauen verwendet. Sie habe ihn kurz daraufhin weggeschmissen. Warum dieser jedoch nicht gefunden wurde, kann sie sich nicht erklären.

Hundeführer und Beamtensicherung...

Der Hundeführer bestreitet, daß ein zweiter Köter im Einsatz war. Er kann sich überhaupt an gar nichts erinnern, auch nicht an das Aktionseinsatzgespräch. („Ich weiß nicht, ob Frauen dabei waren. Ich schau ja nicht extra, ist das jetzt eine Frau oder ein Mann.“ (!)) Daß es KEINEN Hausdurchsuchungsbefehl gab, wußte er natürlich auch nicht. Er habe nichts gehört und nichts gesehen, sei während der 4 Stunden in einer Nische gestanden, von wo aus man nur den Eingang des Waschraumes sehe, ob es drinnen zu Analvisitationen kam, könne er aber auch nicht sagen, er sah nur die Tür. Was war dann seine Aufgabe während des Einsatzes?

„Beamtensicherung.“

Weitere Fragen des Rechtsanwaltes, ob Beamtensicherungen immer SO durchgeführt würden, wurden vom Vertreter der Behörde, Oberstleutnant Franz Polzer (Landesgendarmariekommando NÖ, Kriminalabteilung) mit dem Verweis auf polizeitaktische Geheimnisse abgewiesen. Er habe auch nie das Zimmer des Babys betreten. Außerdem habe sein Hund „im Dienst noch nie jemanden abgescleckt.“ Das wenige, daß aus ihm heraus-

gelockt werden konnte, reicht aus, um zu beweisen, daß seine Aussagen und die seiner Kollegin im Widerspruch stehen. PolizistInnen sind zum Glück sogar zu ungeschickt, sich abzusprechen bzw. ihre Konstruktionen aufrechtzuerhalten

Hausdurchsuchung ohne Hausdurchsuchungsbefehl

Am Montag, dem 15. 8. 2000, fand die neunte Verhandlung statt. Acht Stunden lang wurden 3 Beschwerdeführer aus Kongo und ein bei den Übergriffen vom 17.1.2000 im Flüchtlingslager Traiskirchen beteiligter Polizist befragt.

Der 22-jährige Kongoleser B. erzählte, wie um ca. 19:00 des 17.1.2000 zwei Polizisten mit Waffen im Anschlag (u.a. Automatikfeuerwaffen) sein Zimmer im Lager Traiskirchen stürmten und ihn bedrohten. Daraufhin kamen weitere 6 Polizisten in voller Montur herein. Ein Polizist erklärt ihm, sie suchten Drogen. Da die Polizei aber keinen Hausdurchsuchungsbefehl hatten, streiten sie dies heute ab.

Sein Zimmerkollege G. aus Ruanda mußte sich entkleiden und wurde abetastet, ihre Koffer, Bettwäsche etc. wurden durchwühlt und auf den Boden geschmissen. Als dabei ein Foto von G.s Frau zum Vorschein kommt, lachen die Bullen und sagen zu ihm: „*Your wife is not beautiful!*“ Vier der Polizisten gingen daraufhin durch die Tür ins nächste Zimmer: jenes, indem sich die Frau mit ihrem Baby befand - wir berichteten bereits über die Vorfälle, die sich dort dann ereigneten. Auch besagter Hundeführer samt Köter passierte sein Zimmer und ging ins Zimmer der Frau. Als der Junge seine Lagerkarte vorwies, konnte er einen Augenblick lang ins Zimmer der Frau sehen und bestätigte bei seiner Einvernahme ihre Aussage.

Beschimpfungen, Schläge, Fesseln, Analvisitationen

Als die Polizisten B.s Wut merkten, blockierten sie die Tür und schleppten ihn auf den Gang wo er von einem weiteren Polizisten völlig grundlos mit einem Gummiküppel auf den Rücken und auf die Beine geschlagen wurde. Als er auf English fragte, was los sei, brüllte ihn der Bulle an: „*You are black and a drug-dealer*“. Dann mußte auch er sich entkleiden, wurde von oben bis unten abgegriffen und mit Plastik-Handfesseln gefesselt. Dann zerrten sie ihn in die Waschküche, am Weg dorthin sah er einen weiteren Hundeführer samt

Köter. B. fragte wiederum nach dem Grund dieser Behandlung und der Vorgänge. Die Antwort: „*Du bist Asylwerber. Warum bist Du hergekommen, Du Arschloch?!*“ und bekommt einen Remppler den Mittelfinger gezeigt. Wassertrinken wurde ihm im Waschraum verweigert, stattdessen ließ der Hundeführer lachend die Leine des Köters locker und erschreckte damit die weiteren gefesselten Männer, die nach und nach in den Waschraum gebracht wurden. Als ein Mann verlangte, auf die Toilette geführt zu werden, wird ihm auch das verweigert. Zwei weitere gefesselte Männer öffnen ihm unter Lachen der anwesenden Polizisten den Hosenschlitz und er uriniert in einen Kübel. Als die drei Beschwerdeführer dem Vorsitzenden Richter Marzi diesen Vorfall im Verhandlungssaal vorspielten, findet dieser das offensichtlich amüsant und kichert vor sich hin. Auch die Polizeivertreter lachen.

Als einem Gefangenen schlecht wurde, bat er um Lockerung seiner Handfesseln. Daraufhin näherte sich ihm ein Polizist und zog diese noch enger zu. Ein weiterer faßte Mut und fragte, warum sie nicht wenigstens den alten und kranken Mann freiließen, worauf er einen Faustschlag ins Gesicht erhielt.

Auf die Frage, warum B. in dem Polizeiprotokoll nichts von den Schlägen und der Verweigerung des Wassertrinkens erwähnt habe, erzählt dieser, wie er auf dem Komisariat gleich zu anfangs eingeschüchtert wurde. Seiner Dolmetscherin (die selber zugab, bereits jahrelang nicht mehr französisch gesprochen zu haben) wurde Kaffee aufgewartet - als er um ein Glas Wasser bat, erhielt er weder eine Antwort noch das Wasser. B. hat bereits eine Antwort auf sein Asylansuchen: negativ. Er hat Beschwerde eingelegt.

Auch der nächste Beschwerdeführer A. beschreibt die Vorfälle an jenem Tag. Auch er wurde abgegriffen, gefesselt, fotografiert. Als er erzählt wie der Junge im Waschraum bat, den alten und kranken Mann freizulassen und der, bevor er die Faust im Gesicht hatte, mit „*Shut up!*“ angebrüllt wurde zeigt sich Richter Marzi verwundert: „Finden Sie persönlich das Wort „Shut up“ beleidigend?“ Als ihm A. versucht zu erklären, daß es in dieser Situation natürlich einschüchternd und bedrohend gemeint war, kann Marzi es immer noch nicht verstehen und fragt weiter: „*Na was war denn rassistisch?*“ A. erzählt wie er auf seine Frage: „*Warum behandelt Ihr uns so?*“ die Antwort erhielt: „*Niemand hat Euch gebeten, hierher zu kommen.*“ Das kann nun auch der Beamtenvertreter Hofrat MÜNTZKER aus der



Sicherheitsdirektion nicht verstehen: „Des is oba echt net rassistisch!“

Neben den bereits von B. und anderen BeschwerdeführerInnen geschilderten Vorgängen erzählt er von den Verletzungen, die viele von den engen Handfesseln erhielten. Drogen wurden wie gesagt bei niemandem gefunden. A. hat bereits eine Antwort auf seinen Asylantrag: negativ. Er hat Beschwerde eingelegt.

Drei Tage nach dem Vorfall gab Herr K, geboren in Kongo folgendes zu Protokoll:

„[...] Ich mußte also an der Wand stehenbleiben und die Beamten zogen mir Hose und Shorts hinunter, sodaß ich unten herum völlig nackt war. Ein Beamter, der Gummihandschuhe trug und nicht wie ein Arzt aussah, steckte seinen Finger in meinen Anus und bohrte darin herum. Als er ihn herausgezogen hatte, sagte ein anderer Beamter etwas zu ihm, und er führte das ganze noch einmal durch.“

Generalamnesie unter den PolizistInnen

Nach einer kurzen Pause wurde dann Inspektor Hannes FAUSTMANN, Dienststelle Bad Vöslau, einvernommen. Dieser, sowie seine KollegInnen, verstrickt sich nur in Widersprüche, sobald er etwas sagt, optiert daher für's „Nicht-erinnern“. Der Richter antwortet meist für ihn und läßt dies dann gleich protokollieren.

Richter: Waren weibliche Beamtinnen bei der Einsatzvorbesprechung anwesend?

F.: Kann mich nicht erinnern.

Richter: Um was ging es bei der Vorbesprechung? F. gibt keine Antwort, Richter insistiert nicht. Später erzählt der Polizist, er wüßte nur noch, daß Fotos von

„Schwarzafrikanern“ präsentiert wurden, die per Haftbefehl gesucht wurden.

Richter: Hatten Sie auch einen Gummiknüppel dabei?

F.: Kann mich nicht erinnern.

Richter: Welche Kopfbedeckung trugen Sie?

F.: Kann mich nicht erinnern.

Richter: Welche Aufgaben wurden ihren Kollegen zugewiesen?

F.: Kann mich nicht erinnern.

Richter: Ungefähr um wieviel Uhr fuhren Sie nach der Einsatzbesprechung los?

F.: Kann mich nicht erinnern.

Richter: Bevor Sie ins Lager Traiskirchen fuhren, hatten Sie einen Einsatz beim Cafe Ali - waren dort auch Hunde?

F.: Kann mich nicht erinnern. Unsere Aufgabe dort

war es, die sog. „Streetrunner“ aufzufassen. Daß es Verletzungen durch die Handfesseln gab, kann er sich erklären: diese gäbe es immer, auch wenn sie ordnungsgemäß angelegt würden. Niemand der Gefesselten stellte Fragen, alles war total ruhig. Ob er sich an eine blonde Kollegin aus dem Bezirk Baden erinnern könne? „Ich kenne nur eine blonde von dort, aber die ist nicht echt, sondern gefärbt.“ Der Beamtenanwalt lacht und meint: „Das kann man bei Frauen ja nie wissen, welche Haarfarbe die wirklich haben.“

Bei diesem 9. Verhandlungstag wurde wieder einmal offensichtlich, daß die Polizeiübergreif an jenem 17. Jänner 2000 nicht unbestraft bleiben dürfen, und es für den UVS und für die Polizei schwieriger und schwieriger wird, die Verantwortlichen frei ausgehen zu lassen.

Bereits am 6.3. 2000 suchte der Rechtsanwalt in einem Schreiben an Innenminister Strasser um „Opfer- und Zeugenschutz“ für die Betroffenen der Razzia an. Bis jetzt ohne jeglichen Erfolg. „Opfer- und Zeugenschutz“ gebe es nur für Opfer von Menschenhandel, nicht für Opfer von Polizeiübergreifen. Zwei der BeschwerdeführerInnen sind bereits Anfang Februar auf Veranlassung der Bezirkshauptmannschaft Baden in Schubhaft überstellt worden. Die meisten anderen haben bereits ihren Negativ-Asylbescheid erhalten. Über den Ausgang des UVS-Verfahren sowie über das folgende zivilgerichtliche Entschädigungsverfahren und das parallel laufende strafrechtliche Verfahren gegen die Beamten werden wir berichten.

Marianne Kreutzer

⁽¹⁾ Zitat von Inspektor Hannes FAUSTMANN, Dienststelle Bad Vöslau, bei seiner Einvernahme am 15.8.2000

Unter http://www.illegalalert.at/staatsrassismus/operationspring/Traiskirchen_Polizirazzia.htm findet ihr etliche Dokumente über die Vorkommnisse in Traiskirchen, z.B. mehrere Protokolle der BeschwerdeführerInnen, Protokolle der Verhandlungen, die Anklageschrift des Anwalts, etc.

Zwischen Bergbau und Kolonialismus

Die sozialen und politischen Umgestaltungen Indonesiens lassen auch die Menschen auf Westpapua neue Hoffnung schöpfen.

Während auf den Molukken, Sumatra (Aceh im Norden der Insel) oder Borneo separatistische Bewegungen den politischen Umbruch nutzen um Autonomie oder Unabhängigkeit zu verlangen und dabei teilweise auch "ethnische Ausschreitungen" zwischen "Einheimischen" und unter Suharto angesiedelten "TransmigrantInnen" von anderen Inseln riskieren, hat die Unabhängigkeitsbewegung in West-Papua seit eineinhalb Jahren einen einseitigen Waffenstillstand beschlossen. Nach Jahrzehnten der brutalen Verfolgungspolitik durch die Regierung in Jakarta versuchen die AktivistInnen aus West-Papua nun mit Verhandlungen einen Unabhängigkeitsprozeß nach dem Vorbild Ost-Timors einzuleiten.

Nach dem Sturz Suhartos kamen am 26 Februar 1999 erstmals hundert Delegierte aus ganz West-Papua auf Einladung des Indonesischen Kirchenrates in die Hauptstadt Jakarta. Mit dem damaligen Präsidenten Habibí war vereinbart worden, über die Autonomie für West-Papua zu verhandeln. Die Delegierten führten dem Übergangspräsidenten jedoch detailliert aus, warum sie nichts weniger als die Unabhängigkeit für die westliche Hälfte der drittgrößten Insel der Welt verlangten. Habibí, der nicht gewillt war über eine solche Unabhängigkeit auch nur zu sprechen, empfahl den Delegierten doch wieder nach Hause zu gehen und nochmals darüber nachzudenken.

Und die Delegierten setzten diese Empfehlung des indonesischen Präsidenten sogleich um. Gemeinsam mit der Befreiungsbewegung OPM (Organisasi Papua Merdeka, Papua Befreiungsbewegung), die jahrzehntelang im Untergrund für ein unabhängiges West-Papua gekämpft hatte, errichteten die Dörfer der Delegation "Posten", um einen neutralen Ort zum Nachdenken zu haben. Die Versuche der Armee, diese Posten zu zerstören wurden mit dem Hinweis verhindert, Präsident Habibí selbst hätte die Anordnung zum Nachdenken gegeben, welche nun nur konsequent umgesetzt würde.

Ein Jahr später erklärten die Papuas den Nachdenkprozeß für beendet und wollen wieder mit der Regierung über die Unabhängigkeit verhandeln. Diese hat zur Zeit aber an allen Enden des Staates mit Problemen zu kämpfen und will sich nicht auf umfassende Zugeständnisse gegenüber den politischen VertreterInnen West-Papuas einlassen. Das Damoklesschwert eines Militärputschs, oder zumindest einer verstärkten Einflußnahme der Militärs gegen jede Lösung, die die staatliche Einheit Indonesiens gefährden könnte, steht zudem immer im Raum.

Am ersten Dezember 1999 wurde erstmals die Ausrufung der ersten Unabhängigkeit vom 1. Dezember 1961 mit großen Demonstrationen und dem Hissen von Flaggen gefeiert. Am Ende desselben Monats besuchte der neue Präsident Wahid West-Papua um die Jahrtausendwende in jenem Teil Indonesiens erleben zu können. Eine unbewaffnete Polizeitruppe der OPM beschützte ihn dabei vor Angriffen von Provokateuren und wollte damit ein Zeichen setzen, daß es der Unabhängigkeitsbewegung nicht um einen Kampf gegen Indonesien geht, sondern darum in Ruhe gelassen zu werden.

Im Gegensatz zu den Unruhen auf Borneo, will die Unabhängigkeitsbewegung in West-Papua keinen Kampf gegen Zuwanderer, sondern mit jenen Menschen, die unter der Herrschaft Suhartos nach West-Papua umgesiedelt wurden, gemeinsam die Unabhängigkeit erkämpfen. Wie auf Borneo wurden unter der Herrschaft Suhartos, Hunderttausende Menschen aus Java mit Weltbankgeldern nach West-Papua umgesiedelt. Diese "Transmigrasi"-Projekte wurden von der Regierung gezielt verwendet um einen "Indonesischen" Nationalismus auszubreiten und Bevölkerungen wie die Papuas in West-Papua oder die Dayak in Borneo zu marginalisieren. Um ethnische Unruhen wie in Kalimantan - so der Name der indonesischen Provinz auf Borneo - zu vermeiden, legt die OPM und die im Zuge des "Nachdenkprozesses" gegründete zivile Bewegung FORERI (Forum for reconciliation of Irian People) großen Wert darauf, daß sie nichts gegen die "TransmigrantInnen" haben und diese gerne in einem unabhängigen West-Papua bleiben können. Sam Karoba, Vertreter der OPM, der

kürzlich durch Europa reiste um politische Organisationen über diesen völlig vergessenen Konflikt zu informieren, erklärte dazu in Wien: *"Wir haben auch einige Vertreter aus der zweiten Generation der Transmigranten in unserer Bewegung. Wir haben nichts gegen sie. Unser Zeil ist es auch nicht einen neuen Nationalstaat aufzubauen. Wir wollen einfach in Ruhe gelassen werden und so leben können wie wir es selbst wollen."*

Ein Nationalstaat würde West-Papua aber auch kaum werden können. Nicht nur die Nachkommen der SiedlerInnen, die mittlerweile mehr als die Hälfte der Bevölkerung West-Papuas stellen, leben hier, sondern auch die Papuas selbst sind alles andere als eine sprachliche und kulturelle Einheit. Die gesamte Insel Neuguinea wird von Menschen mit 600 verschiedenen Sprachen besiedelt, rund ein fünftel aller Sprachen der Erde. 250 dieser Sprachen werden in West-Papua gesprochen, einige davon nur von wenigen Familien in einem Dorf, andere wie das Lani im Hochland von rund hunderttausend Menschen. Sam, dessen Muttersprache das Lani ist, erzählt, daß jede dieser Gruppen ihre eigene OPM hat. Alle zusammen kämpfen für ein gemeinsames Ziel. Trotzdem gibt es zwischen den OPMs der verschiedenen "Stämme" kaum Kommunikation. Zu groß sind die sprachlichen Hürden, zu weit entfernt sind ihre Verstecke im Urwald, zu viele Armeeposten lauern auf den Wegen zwischen den Dörfern und Lagern der KämpferInnen.

Wer bei der OPM an das denkt was einem/r mitteleuropäischen RevolutionsromantikerIn bei einer Guerilla so in den Sinn kommt, liegt aber in diesem Falle weiter weg von der Wirklichkeit als bei jeder anderen Guerilla der Welt. Sam erzählt von Flüchtlingen aus den Dörfern, die mit Penisrohren bekleidet und mit einer Bewaffnung, die über Pfeil und Bogen nicht hinausreicht, gegen eine moderne indonesische Armee kämpfen. Die Not der Menschen, die jahrzehntelange Bedrohung durch Vertreibungen, Massaker und Bombardierungen der indonesischen Armee, trieb nicht nur tausende Menschen aus ihren Dörfern in die Flüchtlingslager in Papua-Neuguinea, sondern auch in den Urwald, wo sie versuchen so gut es geht gegen die indonesische Armee und die Zerstörung ihres Landes durch internationale Bergbaukonzerne Widerstand zu leisten.

Die Indonesische Armee beantwortete jedoch jeden Widerstand mit härtesten Strafmaßnahmen und wurde dabei auch von europäischen Staaten unterstützt. Als eine Gruppe der OPM 1995 vier

britische, zwei niederländische, einen deutschen und fünfzehn indonesische Staatsbürger als Geiseln nahmen, die in einem Dorf gut behandelt wurden, kamen indonesische, britische und niederländische Soldaten in einem Rot-Kreuz-Hubschrauber angeflogen und richteten unter der Dorfbevölkerung ein Massaker an.

Seit dem Februar 1999 schweigen aber die Waffen, zumindest jene der OPM. Die Befreiungsbewegung will den Dialog mit der neuen Regierung nützen um auf diplomatischem Wege zu erreichen, was ihnen militärisch unmöglich war. Die Umbenennung der Provinz von Irian Jaya in West-Papua und die Freilassung vieler politischer Gefangener wurde dabei schon erreicht. Die Unabhängigkeit und der Abzug der Bergbauunternehmen wird wohl nicht mehr so leicht zu erringen sein.

Denn hier kommen auch europäische und US-amerikanische Interessen ins Spiel. Eine der weltweit größten Gold-, Kupfer- und Silberminen befindet sich im Hochland von West-Papua und fördert jeden Tag 50.000 Tonnen Erze im Tagebau. Dabei wird nicht nur ausgerechnet ein heiliger Berg der lokalen Bevölkerung abgetragen, sondern auch der ganze Lebensraum der Menschen zerstört. Wo einst Dörfer und Jagdgebiete lagen, fördern nun gewaltige Bergbaumaschinen Erze für die Industriestaaten zu Tage. Flüsse wie der Aikiwa, die bisher als Trinkwasser- und Fischereimöglichkeit für die Bevölkerung dienten, sind von Chemikalien und Sedimenten der Bergbauindustrie völlig vergiftet. Und den Gewinn dieses Raubbaus streift nicht einmal Indonesien ein, geschweige denn die Menschen deren Berge hier zerstört werden, sondern Firmen wie die Freeport Mining Company aus den USA oder RTZ aus Großbritannien. Daß diese Firmen gegen eine Unabhängigkeit West-Papuas arbeiten ist kein Wunder, denn als ich Sam frage was denn die OPM im Falle einer Unabhängigkeit mit den Minen vorhat, meint er nur: *"Nein, verstaatlichen wollen wir sie nicht und wir wollen auch keinen Anteil am Gewinn. Wir werden die Minen schließen, denn sie zerstören alle unsere Lebensgrundlagen. Wir brauchen das Kupfer und Gold nicht, sondern unsere Berge und Wälder."*

Thomas Schmidinger

Interessante Websites zum Thema:
<http://www.westpapua.net>
<http://www.eco-action.org/opm>

TATblatt, die Rechten und die Tiere

Die Ausbreitung holocaustrelativierender TierRECHTSgruppen hat weder vor der autonomen Linken noch vor trotzkistischen Gruppen haltgemacht. Während einer der Obertierrechtler der "Offensive für Tierrechte" (OFT) mittlerweile bei der trotzkistischen Linkswende gelandet ist und dort wohl die seither existierende Tierrechtsecke gestaltet, veröffentlichte die autonome Zweiwochenzeitschrift TATblatt kurz vor der Sommerpause eine Schwerpunktnummer (+140 bis 143) unter dem Titel "Tier?Rechte". Der Inhalt der Zeitschrift wäre aber besser ohne das Wort vor dem Fragezeichen beschrieben gewesen. Neben einer völlig unkommentierten Selbstdarstellung des holocaustapologetischen Verein gegen Tierfabriken (VgT) ⁽¹⁾ und einer Reihe von antispeziesistischen Dummheiten wird in einem Artikel, wiederum völlig unkommentiert, offen der Holocaust mit der modernen Massentierhaltung gleichgesetzt. Die Begriffsverwendung "Tier-KZ" wird lediglich aus taktischen, nicht aber aus inhaltlichen Gründen abgelehnt:

"Nur zu oft nehmen Menschen, die sich nicht mit Inhalten der Tierrechtsidee auseinandersetzen wollen, den KZ-Verleich als willkommenen Anlaß jede inhaltliche Diskussion über das Anliegen der TierrechtlerInnen zu vermeiden, um nur ja nicht liebgewonnene Konsumgewohnheiten überdenken zu müssen. Ich bin aber auch nicht der Auffassung, daß das, was den Tieren heute angetan wird, weniger schlimm oder weniger verurteilenswert ist, als das, was in den Konzentrations-, Arbeits- und Vernichtungslagern, in den Ghettos und auf den Straßen der Städte vor den Augen aller geschehen ist." ⁽²⁾

Dazu paßt denn auch die Illustrierung der Zeitschrift. Laut TATblatt-Redakteuren wurde "unbewußt" im Abstand von 2 Seiten einmal ein Schweine-erschießender Mann und einmal ein Menschen erschießender Nazi abgebildet. Die TATblatt-Redaktion selbst stellte auf massive Kritik hin zwar mündlich fest, daß nicht sie die Zeitschrift gemacht hätte, sondern eine unabhängige Tierrechts-Redaktion, die inhaltliche Verantwortung für diese Nummer liegt jedoch

genauso beim TATblatt, wie bei jeder anderen TATblatt-Nummer. Außerdem solidarisierte sich die TATblatt-Redaktion ausdrücklich in einem eigenen Vorwort mit den BlattmacherInnen der Sondernummer und griffen jene tierrechtskritischen Gruppen an, die sich wie wir geweigert hatten, tierrechtskritische Alibiartikel zu verfassen um die Veröffentlichung solch menschenverachtender TierRECHTSpositionen zu legitimieren. Die beschriebene Tierrechtsnummer des TATblattes wurde übrigens, unserer Meinung nach zu Recht, vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands unter "Neues von ganz Rechts" erwähnt.

Petra Meier

⁽¹⁾ siehe dazu unsere bisherigen Artikel über rechtsextreme TierRECHTler, insbesondere der Artikel "TierRECHTSbewegung" in radiX Nr. 1, (Winter 1998/99) oder www.oekoli.cjb.net

⁽²⁾ "Einer von der OFT": Tier-KZ? Analyse und Verwerfung eines Vergleichs, TATblatt Nr. 140/141/142/143, Juni 2000

<http://contextXXI.mediaweb.at>

Context XXI

Context XXI ist eine der wenigen Zeitschriften, in denen prinzipielle Gesellschaftskritik noch möglich ist, und zwar in der Beharrlichkeit und Ausführlichkeit, die dafür nötig sind. Context XXI ist ein Internet Medium und als solches vermutlich eine der besten und brauchbarsten Textdatenbanken für gesellschaftskritische Diskussion und Information. Neben den Texten der eigenen Zeitschrift finden sich in der Context XXI-Papyrothek auch Archive von *Streifzügen*, *Weg und Ziel* und *radiX*. Context XXI ist ein Radioprogramm – in Wien ab 16. Oktober jeden Montag von 13⁰⁰ bis 14⁰⁰ Uhr auf ORANGE 94,0

Das Probeabo: die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich. Dieses Probeabo wird nicht automatisch verlängert – Sie werden lediglich zur Verlängerung eingeladen.

Bestelladresse: Context XXI • Scheuengasse 3a/1/4/59 • A-1030 Wien
Fax: ++43-1/532 74 16 • E-Mail: contextXXI@mediaweb.at

Darwinismus und Zuchtwahl

Für die Herausbildung des modernen europäischen Rassismus hatte der (Sozial-)Darwinismus eine ähnlich große Bedeutung, wie für Zuchtwahlprogramme und Eugenik der Nazis.

Charles Darwin wurde „als fünftes von sechs Kindern am 12. Februar 1809 in Shrewsbury“ (HEMLEBEN, 1968: 11) in England geboren. 1839 heiratete er seine Frau Emma, mit der er sechs Söhne und vier Töchter zeugte. Bereits der Großvater Darwins, Erasmus Darwin, konnte als Naturforscher erste Ansätze einer Abstammungslehre entwickeln, was wohl auch den Enkel beeinflusst haben dürfte. Charles Darwin führte schließlich umfassende Reisen um die Welt. An Bord der Beagle reiste Darwin von 1832 bis 1836 über die Kanarischen und Kapverdischen Inseln nach Brasilien. Von dort über die Falklandinseln und die Südspitze Amerikas nach Chile, Peru und schließlich auf die Galapagos-Inseln, die für die Entwicklung seiner Evolutionstheorie von großer Bedeutung waren. Von den Galapagos-Inseln aus ging Darwins Reise weiter über Tahiti nach Neuseeland, Australien, Tasmanien, die Keeling Islands und Mauritius. Um das Kap der Guten Hoffnung ging es schließlich nach Ascension und nochmals nach Bahia in Brasilien, bevor die Beagle nach Großbritannien zurückkehrte.

Über zwanzig Jahre nach seiner Rückkehr von der Weltreise mit der Beagle veröffentlichte Darwin schließlich in seinem 1859 erschienenen Hauptwerk „On the Origin of Species by Means of Naturel Selection“ – zu Deutsch: „Über den Ursprung der Arten durch natürliche Zuchtwahl“ – jene Theorie, die als „Evolutionstheorie“ in die Wissenschaftsgeschichte eingehen sollte. Dieses Buch „wurde zu dem meistgelesenen wissenschaftlichen Werk seines Jahrhunderts.“ (HEMLEBEN, 1968: 105)

1871 erschien mit „The Descent of Man, and Selection in Relation to Sex“ („Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl“) das zweite Hauptwerk Darwins, das bereits erste Ansätze des später aus dem Darwinismus abgeleiteten Sozialdarwinismus zeigt.

Am 19. April 1882 stirbt Darwin schließlich in

Down als weltweit geachteter, aber gleichzeitig umstrittener Naturwissenschaftler und wird in der Westminster Abbey feierlich beigesetzt.

Darwins Evolutionstheorie

Für die Entwicklung der Evolutionstheorie spielte Darwins Besuch auf den Galapagos-Inseln eine bedeutende Rolle. Zum Zeitpunkt des Besuches der Beagle war nur eine einzige der Inseln bewohnt. Die Bevölkerung bestand fast ausschließlich aus Strafgefangenen und lag bei ungefähr 200 Personen „governed by an Englishman, Nicholas Lawson, in the name of the state of Ecuador. Whalers visited regularly to obtain water and to collect some of the giant tortoises for food.“ (BOWLBY, 1990: 167)

Abgesehen davon waren die Inseln jedoch völlig selbst überlassen, was sie zum idealen Forschungsobjekt für Charles Darwin machte. Für die Entwicklung der Evolutionstheorie war zudem von Bedeutung, daß die Inseln vom Festland weit entlegene Vulkaninseln darstellen, die im Laufe der Geschichte nur von relativ wenigen Arten erreicht worden sind. Diese wenigen Arten differenzierten sich jedoch auf den einzelnen Inseln des Archipels und auch innerhalb dieser Inseln stark heraus.

So gibt es auf den Galapagos Inseln für jede Insel eine andere Rasse der Riesenschildkröte *Testudo elephantopus*, die jeweils eine eigene Form des Rückenpanzers entwickelt hat. Sogar 13 verschiedene Arten haben sich aus jenen Finken entwickelt, die vor Jahrtausenden aus Südamerika auf die Galapagosinseln verschlagen wurden. Diese heute nach Charles Darwin benannten „Darwin-Finken“ hatten sich im Laufe der Zeit verschiedenen Lebensweisen und -räumen optimal angepaßt. Die Farben der Finken unterscheiden sich ebenso wie die Formen ihrer Schnäbel, die dem Verzehr von Insekten, Beeren oder dem Stochern in Baumrinden angepaßt sind. Eine ähnliche Entdeckung hatte Darwin zuvor bereits auf den Falklandinseln vor der Ostküste Patagoniens gemacht, die er im März 1833 und im März 1834 mit der Beagle besucht hatte „where foxes were found to differ between islands in small but significant ways“ (BOWLBY, 1990: 169)

Die später vielfach tradierte romantische

Vorstellung, Darwin hätte auf den Galapagosinseln die Evolutionstheorie „erfunden“, entspricht sicher nicht der Realität. Nicht umsonst dauerte es noch über zwanzig Jahre nach seiner Rückkehr nach England, bis er diese bahnbrechende Theorie in seinem Werk „*On the Origin of Species by Means of Natural Selection*“ der Öffentlichkeit vorstellte. Auf den Galapagosinseln konnte Darwin allerdings noch keine Theorie entwickeln, „*but he was raising some radical questions.*“ (BOWLBY, 1990: 170)

Während der nächsten zwanzig Jahre entwickelte Darwin mit Hilfe der Aufzeichnungen die „Evolutionstheorie“, deren Kurzzusammenfassung wohl folgende Punkte beinhalten muß:

Darwin behauptet, daß „*die Arten während einer langen Deszendenzreihe modifiziert worden sind. Dies ist hauptsächlich durch die natürliche Zuchtwahl zahlreicher, nacheinander auftretender, unbedeutender günstiger Abänderungen bewirkt worden, in bedeutungsvoller Weise unterstützt durch die vererbten Wirkungen des Gebrauchs und Nichtgebrauchs von Theilen, und, in einer vergleichsweise bedeutungslosen Art, nämlich in Bezug auf Adaptbildungen, gleichviel ob jetzige oder frühere, durch die direkte Wirkung äußerer Bedingungen und das unserer Unwissenheit als spontan erscheinende Auftreten von Abänderungen.*“ (DARWIN, 1988: 554)

Darwin, insbesondere aber seine AnhängerInnen sahen die ständige Konkurrenz, den ständigen Kampf aller Individuen innerhalb einer Art um die bestmögliche ökologische Anpassung und den Kampf zwischen den Arten für den eigentlichen Motor der Evolution.

Darwin geht davon aus, daß „*die Struktur eines jeden organischen Gebildes auf die wesentlichste, aber oft verborgene Weise zu der aller anderen organischen Wesen in Beziehung steht, mit welchen es in Konkurrenz um Nahrung oder Wohnung kommt, oder vor welchen es zu fliehen hat, oder von welchen es lebt.*“ (DARWIN, 1988: 95) Und diese Konkurrenz ist nun eben für Darwin der Hauptmotor für die Evolution.

Mit seinem späteren, zweiten Hauptwerk „Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl“ übertrug Darwin selbst diese Thesen bereits teilweise auf den Menschen.

Sozialdarwinismus

Die Übertragung des Gedanken vom ständigen Kampf Aller gegen Alle, dem „struggle of existence“ und dem „survival of the fittest“ als die populärsten Schlagworte der Darwinschen Evolutionstheorie, auf menschliche Gesellschaften wurde schließlich unter dem Begriff „Sozialdarwinismus“ bekannt.

Es ist unter HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen umstritten, wie weit Darwin selbst die Grundlage für diesen „Sozialdarwinismus“ gelegt hat und wie weit dieser auf (Fehl-) Interpretationen seines Werkes durch spätere AnhängerInnen des Darwinismus beruht.

Der Amerikanische Historiker Bannister dachte „*that after the publication of On the Origin of Species in 1859 Darwin assigned less importance to natural selection, the struggle of existence, and survival of the fittest in evolution and attributes a greater role to other mechanisms such as the inheritance of acquired characters.*“ (HAWKINS, 1997: 4)

Die Publikation von Darwins zweitem Hauptwerk über „Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl“ läßt jedoch durchaus den Schuß zu, daß Darwin selbst die Übertragung seiner Evolutionstheorie auf den Menschen inklusive dem „survival of the fittest“ und der Zuchtwahl durchaus befürwortete, wenn auch vermutlich nicht mit den Konsequenzen, die sozialdarwinistisches Denken schließlich in Europa anrichten sollte.

Immerhin lassen sich in diesem Werk aber Stellen finden die bereits deutlich sozialdarwinistische Züge tragen. So meint Darwin etwa, „*wenn ein Stamm viele Mitglieder besitzt, die aus Patriotismus, Treue, Gehorsam, Mut und Sympathie stets bereitwillig anderen helfen und sich für das allgemeine Wohl opfern, so wird er über andere Völker den Sieg davontragen; dies würde natürliche Zuchtwahl sein.*“ (DARWIN, 1966: 170)

„*Wenn wir aber absichtlich die Schwachen und Hilflosen vernachlässigen wolle, so wäre das nur zu rechtfertigen, wenn das Gegenteil ein größeres Übel, die Unterlassung aber eine Wohltat herbeiführen würde*“ (DARWIN, 1966: 172)

Während später die Nazis nicht nur von der Wohltat der Vernachlässigung, sondern auch von der Wohltat der Ermordung von „Schwachen und

Hilflosen“ überzeugt waren, meint Darwin hingegen noch wir müßten „*uns daher mit den ohne Zweifel nachteiligen Folgen der Erhaltung und Vermehrung der Schwachen abfinden. Doch scheint wenigstens ein ständiges Hindernis dieses Vorgangs zu existieren, nämlich die bei den schwachen und inferioren Mitgliedern geringere Neigung zum Heiraten als bei den Gesunden. Dies Hindernis könnte noch viel wirksamer werden, wenn die körperlich und geistig Schwachen sich der Ehe enthielten.*“ (DARWIN, 1966: 172)

Jedoch bereits vor der Veröffentlichung von Darwins „*Descent in 1871, Europeans and Americans had already started to explore the social and psychological implications of Darwinism.*“ (HAWKINS, 1997: 61) Für den Durchbruch des Sozialdarwinismus als vorherrschende Ideologie im Wissenschaftsbetrieb der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts war jedoch der englischer Philosoph Herbert Spencer (1820 – 1903) von besonderer Bedeutung. Nicht nur, daß Herbert Spencer den Begriff „the survival of the fittest“ prägte und auf die soziale Evolution des Menschen anwendete, „*he was also popularising the term 'evolution' in its modern sense.*“ (HAWKINS, 1997: 82)

Für die „wissenschaftliche“ Legitimierung des modernen Rassismus und Imperialismus spielte der Sozialdarwinismus Spencers eine ähnlich wichtige Rolle wie für die praktische Anwendung von Eugenik und Euthanasie, wie sie schließlich unter den Nationalsozialismus ihren mörderischen Höhepunkt erreichen sollte.

Wie der Sozialdarwinismus entstand eugenisches Gedankengut schließlich nicht aus dem Nichts, wurde nicht von den Nazis erfunden, sondern von diesen nur zu seinem Höhepunkt an Umsetzung getrieben. Die Ausmerzung von vermeintlich „lebensunwertem Leben“ wurde letztlich mit dem „survival of the fittest“ legitimiert. Um die „Arische Rasse“ und das „Deutsche Volk“ in diesem Kampf um das Überleben erfolgreich aussteigen zu lassen, mußten – für die Nazis folgerichtig – jene ermordet werden, die die erfolgreiche Zuchtwahl innerhalb dieses Deutschen Volkes gefährdeten. Versuche, bessere Arier im Projekt Lebensborn mit blonden „deutschen Mädchen“ und strammen SS-Burschen zu züchten, gehörten ebenso zu dieser praktischen Anwendung des Sozialdarwinismus durch die Nazis wie Zwangssterilisierungen aber schließlich eben auch die massenhafte Ermordung „lebensunwerten Lebens“.

Im akademischen Bereich spielte und spielt der Sozialdarwinismus eine ebenso bedeutende Rolle wie in seiner unmittelbaren praktischen Anwendung durch die Nazis. Als nur ein Beispiel für die Bedeutung sozialdarwinistisch denkender Wissenschaftler soll hier der österreichische Nobelpreisträger Konrad Lorenz erwähnt werden, der nach 1945 zwar keine allzu offensichtlich nationalsozialistisch besetzte Begriffe mehr verwendete, seine grundsätzlich sozialdarwinistische und biologistische Stoßrichtung aber auch noch in seinen späteren Werken beibehielt, insbesondere im für größte Teile der Ökologiebewegung richtungsweisenden Werk „Die sieben Todsünden der Menschheit“ bei.

Heute spielen sozialdarwinistische Argumentationen v.a. im Bereich der Gentechnologie eine Rolle, welche das Erkennen von Erbkrankheiten, genetischen Defekten,... als eines ihrer Ziele betrachtet.

Kritik aus der Kirche

Darwin erntete für seine Thesen nicht nur großes Interesse, sondern auch scharfe Kritik. Es sollte Jahrzehnte dauern ehe seine Evolutionstheorie zur dominanten Strömung innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses werden sollte.

Die ersten Jahrzehnte erntete Darwin vor allem Kritik aus den Reihen christlicher Wissenschaftler und Theologen, die weiterhin an der Schöpfungslehre festhalten wollten, also die in der Bibel dargestellte Schöpfung der Arten und insbesondere des Menschen durch Gott als wissenschaftliche Wahrheit betrachteten.

Wenn diese Kritik an Darwin durch die fortschreitende Säkularisierung Europas hierzulande mittlerweile auch völlig unbedeutend geworden ist, so heißt das nicht, daß sie völlig verschwunden wäre. Insbesondere in den USA – mit ihren starken fundamentalistischen Strömungen in den evangelikalischen Kirchen und eigenen „christlichen Universitäten“ – ist die Evolutionstheorie Darwins noch keineswegs gesellschaftlich anerkannter wissenschaftlicher Standard. Duane T. Gish, der auf der Universität von Kalifornien in Berkeley Biochemie studiert hatte und heute einer der Direktoren des „Institute for Creation Research“ und Professor am Christian Heritage College in San Diego ist, konnte etwa in einem auch auf Deutsch erschienen Buch nach langen Abhandlungen über Fossilienfunde und das „*sprunghafte Auftreten neuer Arten schließen: 'Im Anfang schuf Gott...' ist immer noch die mod-*

ernste Aussage, die über unsere Herkunft gemacht werden kann!" (GISH, 1982: 167)

Wissenschaftliche und fortschrittliche Kritik

Wesentlich ernstzunehmendere Einwände stammen von TheoretikerInnen und WissenschaftlerInnen, die zwar nicht die allgemeine Evolutionstheorie in Frage stellen, sprich die Entwicklung allen Lebens aus einem gemeinsamen Ursprung bejahen, aber die Motivationen und Spielregeln der Veränderungen wie sie Darwin annimmt, ablehnen.

So gibt es heute etwa Einwände, daß sich bei komplizierten Organen, wie den menschlichen Augen, nicht nur ein einzelnes Organ zweckmäßig ändern kann, sondern zahlreiche Merkmale gleichzeitig und gleichsinnig ändern müssen. Auch ist es umstritten, ob sich die Entstehung neuer Arten durch kleine, schrittweise Mutationen ergeben oder durch sprunghafte Makromutationen.

Die Motivationen und Antriebe für die Evolution, wie sie Darwin, bzw. die DarwinistInnen annehmen, stellt auch der russische Anarchist und Universalgelehrte Peter Kropotkin in Frage. In seinem erstmals 1902 erschienenen Buch *„Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“* berichtet Kropotkin von seinen Reisen in Sibirien, auf denen er, obwohl er *„einsig darauf achtete, nicht jenen erbitterten Kampf um die Existenzmittel zwischen Tieren, die zur gleichen Art gehören, entdecken [konnte]. Und es war dieser Kampf, der seitens der meisten Darwinisten – keinesfalls aber ständig von Darwin selbst – als das typische Kennzeichen des Kampfes um das Dasein und als Hauptfaktor der Entwicklung betrachtet wurde.“* (KROPOTKIN, 1975: 12)

Kropotkin sieht in dieser Kampfschrift gegen den Sozialdarwinismus nicht den „survival of the fittest“ als Motor der Evolution, sondern stellt fest, daß die *„gegenseitige Hilfe ein wichtiges progressives Element der Evolution darstellt“* (KROPOTKIN, 1975: 9)

Unabhängig davon, ob nun aber die Thesen Darwins für die Tier- und Pflanzenwelt Gültigkeit beanspruchen können oder nicht, erscheint es mir wichtig, daß sie keinesfalls den Anspruch erheben dürfen, auch im Bereich menschlicher Gesellschaften gültig zu sein. Der Mensch ist eben nicht nur ein von seiner Biologie determi-

niertes Wesen, sondern ein Wesen mit Kultur, Bewußtsein, Reflexionsfähigkeit und Gesellschaft. Als solches kann er seine Geschichte in die Hand nehmen und seine Gesellschaft so formen, wie er sie nun einmal haben will.

Wer also eine Gesellschaft des „survival of the fittest“ als natürlich betrachtet, macht damit in Wirklichkeit keine Aussage über die Beschaffenheit der Welt, sondern über jene Gesellschaft, die er/sie haben möchte.

Thomas Schmidinger

Bibliographie

- BOWLBY, John: Charles Darwin, A Biography
London / Sydney / Auckland / Johannesburg, 1990
- DARWIN, Charles: Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl
Darmstadt, 1988
- DARWIN, Charles: Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl
Stuttgart, 1966
- GISH, Duane T.: Fossilien und Evolution, Fakten hundert Jahre nach Darwin
Neuhausen – Stuttgart, 1982
- HAWKINS, Mike: Social Darwinism in European and American thought, 1860 – 1945
Cambridge, 1997
- HEMLEBEN, Johannes: Darwin
Reinbek bei Hamburg, 1968
- KROPOTKIN, Peter: Gegenseitige Hilfe in der Tier und Pflanzenwelt
Frankfurt/M / Berlin / Wien, 1975

Impressum:

Verlegerin, Herausgeberin und Herstellerin:
Ökologische Linke (ÖKOLI), Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien
Redaktion: ebendort
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Die radiX befindet sich zu 100% im Eigentum der Politischen Partei Ökologische Linke (ÖKOLI) und wird vom Exekutivkomitee derselben herausgegeben.
Grundsätzliche Richtung lt. Satzungen der Politischen Partei "Ökologische Linke" (ÖKOLI):
Die Ökologische Linke strebt eine herrschaftslose, ökologische, radikaldemokratische Gesellschaft ohne Krieg, Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Kapitalismus, Sexismus und Militarismus an.



Was ist die Ökologische Linke?

Unsere politische Gruppierung gibt es in Österreich seit Herbst 1998. Bisher sind wir v.a. publizistisch mit unserer Zeitschrift radiX und einer Reihe von aktuellen Flugblättern tätig gewesen. Da wir in der derzeitigen politischen Situation in Österreich eine Bündelung antifaschistischer, linker und linksradikaler Kräfte und einen sinnvollen Einsatz unserer Mittel für notwendiger denn je halten arbeiten wir seit diesem Sommer in der Zeitschrift contextXXI mit.

Demonstrationen und Veranstaltungen organisieren wir oft gemeinsam mit anderen befreundeten Gruppierungen. Kleine Gruppen oder Kontaktstellen der ÖKOLI gibt es in Wien, Vorarlberg und Tirol.

Da Ökologie für uns eng mit politischen und ökonomischen Fragen zusammenhängt, wollen wir keine „linke Ökoorganisation“ sein, sondern erheben einen gesamtpolitischen Anspruch. Insbesondere wollen wir dabei auf die Zusammenhänge zwischen der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem aufmerksam machen. Daraus ergibt sich eine eindeutig antikapitalistische Politik, was uns deutlich von den Grünen unterscheidet.

Dabei geht es in unserer Kritik nicht nur um die Umwälzung sozialer Verhältnisse, sondern um die Abschaffung von Tausch- und Warenproduktion an sich. Ziel ist stattdessen eine klassenlose Weltgesellschaft in der nur noch Gebrauchswert und nicht Tauschwert produziert wird.

In unserer politischen Arbeit wollen wir Theorie und Praxis miteinander verbinden. Wir sehen uns dabei ganz in der Tradition der kulturellen Moderne und Aufklärung und vertreten damit ein sekuläres, rationales Weltbild. Mit vormodernem Naturromantizismus oder Esoterik-Wahn verbindet sich unser Ökologiebegriff keinesfalls. Uns geht es dabei lediglich um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Da über die Öko-Schiene jedoch auch faschistische und menschenverachtende Ideologeme in die Linke Einzug gehalten haben, lenken wir einen Focus unserer Arbeit auch auf die Kritik solcher Tendenzen, etwa in der Tierrechtsbewegung oder in diversen Tauschkreisen. Aber natürlich richtet sich unser Kampf auch

gegen alle Strömungen des Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Faschismus oder Nationalsozialismus außerhalb der Ökoszene. In Österreich sind diese einzelnen Ideologeme in der Bevölkerung so dominant, daß sich daraus auch eine radikale Opposition gegen die herrschende Gesellschaft, nicht nur gegen den Staat ergibt. Gerade auch deshalb muß unsere Kritik sich gegen Staat, Nation und Volk richten und nicht diese zu positiven Kategorien umdeuten.

Obwohl wir als antinationale Gruppierung also gegen jedes Konstrukt von „Volk“ oder „Nation“ auftreten, gilt unsere globale Solidarität all jenen Menschen, die auch sonstwo auf dieser Erde für wirkliche Befreiung kämpfen. Darin sehen wir keinen Widerspruch zu unserer antinationalen Haltung. „Nationale Befreiungsbewegungen“ können so aber sicher nur unsere kritische Solidarität erwarten Gruppierungen, die im Namen der Befreiung Kriegsverbrechen an Zivilbevölkerung oder anderen Revolutionären begehen oder einen fanatischen Nationalismus predigen, sicher gar keine.

Mit der Machtübernahme einer Koalitionsregierung aus F. [redacted] Innen * und Rechtskonservativen hat sich in Österreich ein „Normalzustand“ durchgesetzt, gegen den wir seither ein Hauptaugenmerk unserer politischen Arbeit lenken. Neben der Beteiligung an Aktivitäten gegen diese Regierung in Österreich, setzen wir hierbei auch stark auf eine globale Solidarität gegen den Rassismus, Antisemitismus und das Obrigkeitsdenken in diesem Lande. Ein Schwerpunkt unseres Widerstands ist deshalb eine weltweite Informationstätigkeit über Faschismus, Antisemitismus und Rassismus in Österreich.

Ökologische Linke (ÖKOLI)

* aufgrund der Klagepolitik der Kanzlei Böhmendorfer können wir leider nicht mehr schreiben, was wir schreiben wollen.

DIE KOLI IST JETZT IM WEB

Mit RadiX Archiv, S. 248.
ÖKOLI-Flugblätter, wissenschaftlichen Arbeiten,
ÖKOLI-Aussendungen, Texten, gegenschwarzblau auf
englisch,
spanisch, französisch,
portugiesisch, italienisch,
vielen, vielen, vielen weiteren Links